

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 178

SONNTAG, 8. Nov. 1936

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Sozialdemokratische Todesopfer
Ein Kriegsplan
Hitlers Befehle für Danzig
Mussolinis Programm

Lohnbewegung in Deutschland!

Die Nationalsozialisten sagen: »Die Löhne dürfen nicht erhöht werden!«

Die Sozialdemokraten sagen: »Die Löhne müssen erhöht werden!«
Wer hat recht?

Seit der Machtergreifung Hitlers sind die Löhne in erschreckender Weise gesunken. Zum Teil wurden sie direkt gesenkt, zum Teil erfolgte die Senkung durch Erhöhung der Preise und Verminderung der Kaufkraft.

Für eine Mark gibt es jetzt nur noch so viel wie vor vier Jahren für 75 Pfennige.

Das heißt: Wenn ein Arbeiter vor vier Jahren 40 Mark Wochenlohn bekam, und er bekommt diesen Lohn auch heute noch, so sind dies nicht mehr 40 Mark, sondern nur noch 30.

Wenn aber der Lohn obendrein noch seit vier Jahren von 40 auf 30 Mark gesunken ist, so sind diese 30 Mark eigentlich auch keine 30 Mark mehr, sondern nur noch 22,50.

Davon gehen noch die Abzüge ab, die gesetzlichen sowohl wie die sogenannt freiwilligen, die höher sind als je zuvor.

Wenn also die Nationalsozialisten sagen, daß die Arbeiter keine höheren Löhne haben dürfen, so heißt das nicht, daß sie leben sollen wie einst, sondern viel schlechter.

Das sind Tatsachen, die niemand bestreiten kann.

Einst gehörte der deutsche Arbeiter zu den bestbezahlten der Welt. Wie ist es jetzt?

Das Zentralorgan der englischen Arbeiterpartei, der »Daily Herald«, verglich unlängst die Maurerlöhne von London und Berlin. Es stellte fest, daß ein Londoner Maurer für den Lohn einer Arbeitsstunde anderthalbmal so viel Fleisch, zweimal soviel Eier, zweimal soviel Butter und dreimal soviel Margarine kaufen kann wie sein Berliner Kollege. Ähnlich steht es mit den anderen Lebensmitteln. Dabei ist in England alles in besserer Qualität und in jeder gewünschten Menge zu haben, während es in Deutschland überall an dem Nötigsten fehlt.

Der deutsche Arbeiter, der früher mit dem englischen und dem skandinavischen in bezug auf die Lebenshaltung an der Spitze marschierte, ist auf die Stufe des italienischen hinabgesunken.

Muß das sein? Die Nationalsozialisten sagen Ja. Die Sozialdemokraten sagen Nein.

Wer hat recht?
Die Nationalsozialisten sagen: »Es muß so sein, weil wir rüsten müssen. Kanonen statt Butter!«

Aber rüstet England nicht auch? England hat Kanonen und Butter dazu!

Die Nationalsozialisten sagen: »England kann das, weil es Kolonien hat. Wir haben keine.«

Deutschland hatte vor sechs, sieben Jahren englische Löhne und hatte damals auch keine Kolonien, dafür aber — einen sozialdemokratischen Reichskanzler. Schweden, Dänemark, diese von Sozialdemokraten regierten nordisch-germanischen Länder, haben gleichfalls keine Kolonien und doch sind dort die Löhne noch gestiegen und nur in Deutschland sind sie gesunken.

Die Nationalsozialisten sagen: »Lohnerhöhungen sind nur möglich, wenn der Wert der Produktion steigt.«

Also ist der Wert der Produktion in der Hitlerzeit — trotz Antreibersystem und

Zwangsarbeit nicht gestiegen, sondern gesunken! Wie aber will man ihn steigern, wenn man immer nur Dinge schafft, die wirtschaftlich wertlos sind wie Kanonen oder Fabriken zur Erzeugung von Ersatz für Rohstoffe, die man im Ausland für ein Drittel der Kosten kaufen kann?

Die Nationalsozialisten sagen: »Wir haben Millionen wieder in Arbeit gebracht!«

Ja, aber sie haben dabei das Kunststück fertig gebracht, Milliarden und aber Milliarden Schulden zu machen — und sie zahlen trotzdem den früheren Arbeitslosen für ihre Arbeit nicht viel mehr, als sie in der »Systemzeit« Unterstützung bekamen, und sie zahlen den Arbeitern, die schon damals in Arbeit standen, viel weniger als sie in der »Systemzeit« erhielten. Wie man die Arbeitslosigkeit beseitigt, ohne die Löhne zu drücken, könnten sie von den regierenden Sozialdemokraten Schwedens lernen!

Die Nationalsozialisten sagen mit Stolz, daß jetzt statt Arbeitslosigkeit Arbeitermangel bestehe.

Solche Zeiten hat es früher auch schon gegeben. Damals aber sorgten die Gewerkschaften dafür, daß die Gunst der Konjunktur den Arbeitern zugute kam.

Wie sie in schlechten Zeiten gegen Lohnverschlechterungen kämpften, so kämpften sie in guten für Lohnverbesserungen.

Als Hitler die Gewerkschaften zerschlug, gelobte er feierlich, daß es den Arbeitern darum nicht schlechter gehen solle, sondern besser. Hat er dieses Versprechen gehalten?

Die Nationalsozialisten haben den Kapitalismus nicht abgeschafft. Aber indem sie Lohnerhöhungen in einer Zeit des Arbeitermangels verbieten, versuchen sie, das kapitalistische Wirtschaftsgesetz von Nachfrage und Angebot einseitig zu ungunsten der Arbeiter aufzuheben.

Ist das »Sozialismus«?

Wir Sozialdemokraten sagen: Nein, und abermals Nein! Das ist nicht Sozialismus, das ist die nackte kapitalistische Ausbeutung. Und diese kapitalistische Ausbeutung muß auch hier dahin führen, wohin sie überall führt: zu Hunger, Not, Verelendung und schließlich zum Zusammenbruch!

Wir Sozialdemokraten sind den Arbeitern immer besonnene und verantwortungsbewußte Ratgeber gewesen. Wir fordern sie auch jetzt nicht zu Handlungen auf, die angesichts der Uebermacht der

Gewalthaber nichts anderes wären als Akte sinnloser Verzweiflung. Aber wir fordern sie auf nachzudenken: nachzudenken über ihre Lage, nachzudenken über einst und jetzt, nachzudenken über den Unterschied zwischen Wirklichkeit und Phrasen, nachzudenken schließlich auch darüber, wie sie ihre Lage, die mit jedem Tage unerträglicher wird, verbessern können.

Die deutschen Arbeiter haben es noch immer verstanden, sich im Kampfe um das tägliche Brot den gegebenen Kampfsituationen anzupassen. Sie müssen auch jetzt Mittel und Wege finden, um ihren verblendeten Machthabern die Zugeständnisse zu entreißen, die zur Erhaltung ihrer Existenz und Arbeitskraft notwendig sind.

Diese Zugeständnisse sind notwendig, im Interesse von Weib und Kind, im Interesse der deutschen Familie, die den Nationalsozialisten angeblich so heilig ist. Sie sind notwendig im Interesse nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Bauern und des Mittelstandes, die ohne eine kaufkräftige Industriearbeiterschaft nicht existieren können. Sie sind notwendig zur Erhaltung der Volkskraft, also im wahren Interesse der Nation.

Darum: Löhne herauf!

Ermordet oder lebend begraben

Hitlers Schreckensjustiz gegen deutsche Sozialdemokraten

Hitler hat den »Bullen« Göring zum Diktator für die Durchführung des neuen Vierjahresplanes ernannt, und Göring hat in seiner Sportpalastrede keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die Erwartung seines höchsten Auftraggebers nicht enttäuschen und mit äußerster Brutalität sein Amt erfüllen werde. Die Brutalität gegenüber den mächtigen kapitalistischen Kreisen besteht zunächst nur in der Ankündigung; die Brutalität gegenüber den oppositionellen und antifaschistischen Kämpfern in Deutschland ist bereits fürchterbare Wirklichkeit. Es war kein Zufall, daß sich Göring in seiner Sportpalastrede auch in der schärfsten Weise gegen die Parolen der »kommunistischen« Zentrale in Prag gewendet hat. Diese Drohung gegen Prag ist keine neue antibolschewistische Floekel, sondern sie ist die offene Sanktionierung der grausamen Blutjustiz gegen Sozialdemokraten durch den mächtigsten Mann des Dritten Reichs neben Hitler.

Die Kette der Verhaftungen, der Zuchthausurteile, ja der Ermordungen von Sozialdemokraten durch die Gestapo reißt in den letzten Monaten nicht ab. Wir erinnern an den letzten großen Prozeß Ende September vor dem Volksgerichtshof gegen die Berliner Sozialdemokraten Löffler, Markwitz, Oltersdorf und andere, in dem nach mehrtägigen Verhandlungen insgesamt mehr als 35 Jahre Zuchthaus verhängt wurden.

Vier Gestapomorde in Hannover

Während diese Berliner Sozialdemokraten nach vielmonatiger Untersuchungshaft und nach schweren Mißhandlungen für endlose Jahre ins Zuchthaus geschickt wurden, führte die Berliner und die Hannover Gestapo eine große Aktion gegen frühere führende Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Reichsbannerkameraden durch. In der vorigen Nummer des »Neuen Vorwärts« haben wir mitgeteilt, daß diese

Aktion bereits zwei Todesopfer gefordert hat. Die Genossen Otto Brennecke und Willi Hahn sind den Folgen der Mißhandlungen erlegen. Die Angehörigen erhielten von der Gestapo die Mitteilung, die beiden Genossen hätten Selbstmord durch Erhängen verübt. Die Familie Brennecke gab von dem Ableben Otto Brenneckes in folgender Form in einer hannoverschen Tageszeitung Kenntnis:

Hannover-Kleeblatt (Spickerstr. 6), den 3. Okt. 1936
Plötzlich und unerwartet starb mein lieber Mann, unser guter Vater
Otto Brennecke
im 54. Lebensjahre.
In tiefer Trauer die Hinterbliebenen
Milana Brennecke
nebst Töchtern und Schwiegermutter
Die Trauerfeier findet am Mittwoch, d. 7. 10. 36,
16.30 Uhr i. d. Kl. Kapelle d. Seelh. Friedhofes statt

Der Text dieser Todesanzeige wurde von der Gestapo vorgeschrieben; es ist die heute in Deutschland amtlich vorgeschriebene Form der Mitteilung über Gestapomorde.

Mit dem Tode der Genossen Brennecke und Hahn ist aber die hannoversche Schreckensliste noch nicht zu Ende. Inzwischen sind zwei weitere tapfere Sozialdemokraten dem Gestapoterror zum Opfer gefallen.

Der frühere Gauleiter des Deutschen Fabrikarbeiter-Verbandes, der Genosse **Willi Scheinhardt**, ist Anfang Oktober den Mißhandlungen durch die Gestapo erlegen und am 14. Oktober in aller Stille eingäschert worden.

Der Genosse **Willi Scheinhardt**, der jetzt im Alter von 44 Jahren einen so grausamen Tod erleiden mußte, hat von früher Jugend an als Sozialdemokrat und Gewerkschafter selbstlos der Gesamtbewegung und ihren Zielen gedient; er ist auch nach Hitlers Machtantritt seiner sozialistischen Ueberzeugung treu geblieben und mußte

nun seine Treue zu unseren Ideen mit dem Leben büßen.

Das gleiche Schicksal ereilte den früheren Ortssekretär und technischen Leiter des Reichsbanners Hannover, den Genossen **Alfred Jahn**.

Auch seinen Namen müssen wir in die fürchterbare Totenliste der hannoverschen Gestapo-Aktion aufnehmen; auch er fiel als überzeugter Sozialdemokrat im Kampf für die Freiheit der Bestialität der Gestapoknechte zum Opfer. Vier Männer wurden so aus dem Leben gerissen, und hunderte ihrer Kameraden und Gesinnungsgenossen schmachten noch in qualvoller Ungewißheit hinter Kerkermauern.

51 Jahre Zuchthaus in Dresden

Wie aber auch ihr Schicksal in den nächsten Wochen sich gestalten mag, ihre Zukunft ist fürchterlich. Wenn sie das nackte Leben retten, dann droht ihnen ein Zuchthausurteil, das nichts anderes bedeutet, als hinter Kerkermauern lebendig begraben zu werden. Die Schreckensjustiz gegen Sozialdemokraten wird konsequent durchgeführt. Ende Oktober standen in Berlin 13 Dresdner Sozialdemokraten und Reichsbannerfunktionäre unter der Anklage des Hochverrats vor Gericht. Sie sollen illegal für die Sozialdemokratie tätig gewesen sein. Das Gesamturteil ist noch nicht bekannt; aber die Strafen gegen sechs der angeklagten Genossen, sämtlich Dresdner Parteigenossen und Reichsbannerkameraden, liegen vor; sie sind von beispielloser Grausamkeit. Dieses Teilurteil lautet:

Genosse **Patzig** 15 Jahre Zuchthaus
Genosse **Nieter** 12 Jahre Zuchthaus
Genosse **Knappe** 10 Jahre Zuchthaus
Genosse **Koch** 6 Jahre Zuchthaus
Genosse **Langhorst** 5 Jahre Zuchthaus
Genosse **Schrapps** 3 Jahre Zuchthaus.

Insgesamt wurden gegen 6 von 13 Angeklagten 51 Jahre Zuchthaus verhängt.

Der Hauptangeklagte, Genosse Patzig, ist 23 Jahre alt. Besonders tragisch ist auch das Schicksal des Genossen Langhorst. Genosse Langhorst ist der Sohn des früheren sächsischen Landtagsabgeordneten, des Genossen Friedrich Langhorst. Im Februar 1935 wurde die ganze Familie Langhorst verhaftet, Friedrich Langhorst, seine Frau und seine beiden Söhne. Wenige Wochen nach der Verhaftung wurde bekannt, daß Friedrich Langhorst seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht habe. In Wahrheit fiel der Genosse Friedrich Langhorst den Mißhandlungen der Gestapo zum Opfer. Seine beiden Söhne standen jetzt vor dem Dresdner Gericht. Einer der beiden Söhne wurde, wie aus unserer Aufstellung hervorgeht, zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, während das Urteil gegen den zweiten Sohn zur Zeit noch nicht bekannt ist.

Der Vater tot, die beiden Söhne für viele Jahre hinter Zuchthausmauern, das ist das Schicksal dieser sozialdemokratischen Familie.

Die jetzt verurteilten Genossen haben die Untersuchungsmethoden der Gestapo überstanden; aber eine willfährige Justiz hat sie durch ihre Urteile lebend hinter Kerkermauern begraben.

Unsere Darstellung zeigt, daß eine neue Terrorwelle über die in Deutschland lebenden und kämpfenden Sozialdemokraten hereingebrochen ist. Sie übertrifft in ihrer Schärfe und Brutalität alle bisherigen Erfahrungen. Die Herren von heute kennen den schwankenden Grund ihrer Macht. Sie wissen, daß Sozialdemokraten nicht käuflich und nicht gleichzuschalten sind. Sie wissen, daß ihr Stolz und ihre Ueberzeugung nicht zu brechen sind mit einigen Jahren Zuchthaus und Gefängnis. Wenn sie ihre Strafen abgebußt haben, dann kehren sie als Sozialdemokraten, als unversöhnliche Gegner des Systems in ihren Familien- und Freundeskreis zurück. Sie arbeiten nicht illegal. Sie treiben keinen Hochverrat. Aber ihr bloßes Dasein ist eine immerwährende Anklage gegen dieses Regime, ihre aufrechte Haltung eine stumme, aber eindringliche Werbung für die Sozialdemokratie. Darum sollen die neuen Opfer, seien es früher führende Funktionäre der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, oder seien es tapfere Illegale, dauernd unschädlich gemacht werden.

Wir klagen nicht. Wir geben unserem Todfeind nichts von unseren Empfindungen preis, die uns angesichts des furchtbaren Schicksals der Ermordeten oder Verurteilten und angesichts der unermesslichen menschlichen und materiellen Not ihrer Angehörigen erfüllen. Wir wissen, daß wir im Sinne unserer Kameraden hinter Zuchthausmauern handeln, wenn wir die Schreckensjustiz des Systems beantworten mit einer Steigerung unseres Kampfes.

Die Schande von London

Konsequenzen der Nichtinterventionspolitik.

In London hat sich ein merkwürdiger europäischer Gerichtshof aufgetan, der dem Haager Schiedsgericht wie dem Völkerbund Konkurrenz macht. Es handelt sich um den sogenannten Koordinationsausschuß zur Durchführung der Nichtintervention in Spanien. Dieser Ausschuß, der nichts, aber auch gar nichts für die Hemmung der Waffenlieferung der faschistischen Mächte an die spanischen Rebellen getan hat, beschäftigt sich damit, eine Art von internationalen Rechtsprüchen zu fällen und zu verkünden, die sich gegen die legale spanische Regierung wenden. Auf die Anklagen der spanischen Regierung über die mannigfachen und bis in die letzte Zeit wiederholten Durchbrechungen des Nichtinterventionsabkommens durch Deutschland, Italien und Portugal, die mit unwiderlegbaren Beweisen versehen waren, hat dieser Ausschuß beschlossen und öffentlich verkündet: Deutschland, Italien und Portugal haben nach Inkrafttreten des Abkommens den spanischen Rebellen weder Waffen noch Kriegsmaterial geliefert noch sonst das Nichtinterventionsabkommen verletzt.

Diese Feststellung glaubt nicht ein einziger Mensch auf der ganzen Erde. Sie ist die kühnste diplomatische Behauptung, die jemals vorgebracht worden ist. Dutzende von objektiven unabhängigen Zeugen widersprechen ihr öffentlich und bringen Anschauungs- und Beweismate-

Ein gegenrevolutionäres Programm

Mussolinis Kriegserklärung gegen die Friedenspolitik

Mussolini hat in einer Rede, die er am 1. November in Mailand gehalten hat, die Konsequenzen aus der geistigen und politischen Schwäche der demokratischen Länder gezogen. Er hat seine Politik definiert, während die demokratischen Westmächte im geheimen mit Deutschland und Italien über die Voraussetzungen eines neuen Locarnopaktes verhandeln. Mussolini hat seine Position gewählt. Das Communiqué über die Berchtesgadener Besprechungen des italienischen Außenministers Ciano mit Hitler war die erste, die Mailänder Rede die zweite Etappe auf dem Wege, den er nun anscheinend mit derselben Konsequenz gehen will, mit der er den Abessinienfeldzug vorbereitet hat.

Diese Mailänder Rede läßt erkennen, wie unheimlich viel an demokratischen Positionen in Europa im Laufe des Jahres 1936 zertrümmert worden ist. Die schwache Haltung der Politik der französischen Regierung im Falle Spanien hat die Tendenzen zur Zerstörung aller Grundlagen einer friedlichen Ordnung aufs stärkste ermutigt. Mussolini antwortet auf die Abstinenz der Volksfront-Regierung in Frankreich von einem Ideenkrieg mit einer Kriegserklärung gegen die demokratische Grundidee des Völkerbundes und des Friedens.

Die Wilsonsche Ideologie: Anmaßung, Illusion, konventionelle Lüge. Kollektive Sicherheit: Illusion. Unteilbarer Friede: zurückzuweisender Gemeinplatz. Völkerbund: auf unmöglichem Grundsatz ruhend und da es für ihn äußerst schwierig ist, sich zu erneuern, kann er, was uns betrifft, ruhig sterben.

Ein jeder Satz dieser programmatischen Bekenntnisse ist ein Faustschlag ins Gesicht der Prinzipien, die die Regierungen der demokratischen Völkerbundsmächte für die Grundprinzipien ihrer Politik ausgeben. Jeder Satz ist eine Verhöhnung des internationalen Rechtsgedankens, eine Kriegserklärung gegen die europäische Demokratie. Diese Entgegenstellung des reinen Machtprinzips und des Willens zum Kriege gegen den internationalen Rechtsgedanken enthält das Programm der euro-

päischen Gegenrevolution, das Mussolini und Hitler gemeinsam ist. Für die europäische Lage von heute ist es bezeichnend, daß dieser zerstörende Angriff auf die geistigen Grundlagen einer friedlichen Ordnung Europas von den Regierungen der demokratischen Länder mit Schweigen hingenommen wird. Sie wollen keinen »Ideenkrieg«.

Die französische Regierung hat sich während der letzten Völkerbundstagung bemüht, die italienische Delegation in die Völkerbundsversammlung zu bringen. Sie hat noch in letzter Minute Mussolini die Vergewaltigung der abessinischen Delegation angeboten. Sie hat mit der sogenannten Nichtinterventionspolitik gegenüber Spanien diese Politik fortgesetzt. Mussolinis Antwort lautet: »Haltung kühler Abwartung gegenüber Frankreich.«

Gegenüber England hält Mussolini die Politik aus der Zeit des Abessinienkrieges fest. Diese Politik ist am 16. Oktober auf dem nationalen Kongreß zum Studium der auswärtigen Angelegenheiten in Mailand, der von dem italienischen Außenminister Ciano eröffnet wurde, umrissen worden: Italien werde die Situation im Mittelmeer, die es erstrebe, wahrscheinlich nur im Kriegsfall erhalten können, entweder durch ein Duell mit England oder als Bundesgenosse Englands auf dem Wege der Kompensation oder als Teilnehmer einer siegreichen Mächtegruppe gegen England. Angesichts dieser Möglichkeiten habe Italien alles Interesse, gute Beziehungen zu den arabischen Staaten, Griechenland und der Türkei zu unterhalten. Im Stile dieser Definition hat Mussolini von den Lebensinteressen Italiens im Mittelmeer geredet, das einst das Meer Roms war. Er läßt ahnen, daß er über das Mittelmeer nach Afrika blickt, wie einst Scipio auf Karthago.

Im Hinblick auf den Balkan wird die Fortsetzung und Wiederaufnahme der rein negativen und zerstörenden Politik des Faschismus angekündigt, die es traditionell als ihre Hauptaufgabe angesehen hat, jeder Beruhigung und Konsolidierung im Südosten

Europas entgegenzutreten. Sie hat den ungarischen Revisionismus ebenso gefördert und unterstützt wie die mazedonischen Terroristen und die terroristischen kroatischen Separatisten um Ante Pavelitsch. Sie hat Albanien zu einem Vasallenstaat gemacht und Bulgariens Revanchegefühle angestachelt. Sie hat die Atmosphäre des Terrors künstlich genährt, die die äußere und innere staatliche Konsolidierung im Südosten Europas erschwerte, und der schließlich König Alexander von Jugoslawien zum Opfer gefallen ist. Jetzt — nach der Eroberung Abessinien — nimmt Mussolini diese Politik wieder auf mit einer Anstachelung des ungarischen Revisionismus hier und falschen Freundschaftsschwüren für Jugoslawien da. So wie Hitler möchte er die Sprengung der Kleinen Entente erreichen, indem er eines ihrer Glieder zu umgarnen versucht, und zugleich die ungarischen Hetzhunde gegen sie losläßt.

Gemeinsam mit Hitler arbeitet er an der Zersetzung des Rechts für die Vorherrschaft des Machtnationalismus, an der Zerstörung des Status quo im Osten, an der Zurückwerfung Sowjetrußlands nach Asien. In diesen drei gemeinsamen Zielsetzungen der italienischen und der deutschen Politik liegen die gefährlichsten und zerstörerischsten Tendenzen, die es heute in der europäischen Politik gibt. Wieder einmal rasselt Mussolini mit Hitlers Säbel! Das ist die Folge jener verhängnisvollen, auf Laval zurückgehenden französischen Politik, die Mussolini, dessen negative und zersetzende Politik auf dem Balkan klar genug war, dennoch zum Gendarmen der europäischen Ordnung machen wollte, und es ist ebenso die Folge der Politik der französischen Volksfront-Regierung. Der verhängnisvolle Fehler, den sie mit ihrer Politik gegenüber der spanischen Frage begangen hat, ist keineswegs abgeschlossen. Er steht immer wieder gegen sie auf und jede neue, auf die Schwäche Frankreichs spekulierende Handlung oder Geste der gegenrevolutionären Mächte zeigt mit unbarmherziger Schärfe die Fehler dieser Politik.

rial, Belege und Augenzeugenberichte bei, die diese Berichte Lügen strafen. Diese Rechtsentscheidung eines diplomatischen Ausschusses, der in seiner Art eigentlich eine Verhöhnung des Völkerbundes darstellt, bedeutet, daß Frankreich und England den Helfern der Rebellen, Deutschland, Italien und Portugal bezeugen, daß sie unschuldig seien und noch ganz loyale Vertragspartner hinzu. Diese Haltung der englischen und französischen Vertreter in diesem Ausschuß ist um so trauriger als sich der Vertreter Sowjetrußlands gegen diese Feststellung gewandt hat.

Der Vorsitzende dieses Ausschusses ist ein Engländer, Lord Plymouth, dessen besondere Rolle dadurch charakterisiert ist, daß er nach seiner Kenntnisaufnahme der deutschen Antwortnote auf die Anklage der spanischen Regierung auf den ersten Blick, ohne Prüfung, ohne Debatte, ohne Beschluß des Ausschusses erklärte, die spanische Anklage sei falsch und Deutschland gerechtfertigt. Es ist eine schmachvolle Tatsache, die zu den vielen, die Politik der Westmächte in dieser Frage entehrenden Tatsachen hinzukommt, daß der englische Außenminister den spanischen Außenminister in Genf überredet hat, mit seinen Anklagen nicht vor das Forum des Völkerbundes zu gehen, und daß nun ein Lord Plymouth gemeinsam mit den Rechtsbrechern die spanischen Anklagen zynisch beiseite schieben darf!

Dieser diplomatische Ausschuß hat also nichts anderes getan, als die Rechtsbrüche von Deutschland, Italien und Portugal und die Angriffe dieser Länder auf die legale spanische Regierung zu legalisieren. Das ist die traurige Konsequenz, zu der die Politik der Nichtintervention geführt hat! Indem die französische und die englische Politik, um die Basis dieser Politik zu behaupten, gemeinsam mit den Schuldigen den Bruch des Abkommens bestreitet, indem sie offenkundige Tatsachen leugnet, wird sie in den gleichen Abgrund von Heuchelei und Lüge hineingerissen, der das Wesen der faschistischen Politik ausmacht. Wahrlich, der Völkerbund und seine Rechtsidee haben kaum einen böseren Feind als diesen famosen Koordinationsausschuß in London!

Die englische Labour-Party hat sich von dieser Politik mit Entschiedenheit abgewen-

det. Sie fordert von der englischen Regierung, daß sie die spanische Regierung wieder in ihre vollen handelspolitischen Rechte einsetze und die Blockade gegen sie aufhebe. Sie hat diese Forderung in einer Unterhausdebatte vertreten, in der die ganze logische und rechtliche Schwäche der Politik der Nichtintervention aus einer Rede des Außenministers Eden hervorging und sie fordert das englische Volk auf, sich möglichst bald von dieser »feigen Regierung« zu befreien.

Während sich in London diese diplomatischen Erbärmlichkeiten abspielen, kämpft die spanische Regierung einen verzweifelten Kampf zur Verteidigung ihrer Hauptstadt gegen die Werkzeuge der internationalen faschistischen Brandstifter.

Die Gäste des Führers

Nach dem geschäftstüchtigen Mr. Lloyd George, der seinen Besuch bei Hitler jetzt zu Propagandaartikeln für Hitler wie für sich selbst verarbeitet, haben Lord und Lady Londonderry den »Führer« besucht und bei Göring gewohnt. Lord Londonderry ist der Mann, der nichts gesehen hat, der Mann, der einst englischer Luftfahrtminister war und in dieser Eigenschaft nichts von der deutschen Luftrüstung bemerkt hat, bis sich Hitler herabließ, Sir John Simon in Berlin zu informieren, daß die deutsche Luftflotte der englischen schon ebenbürtig sei, und bis Baldwin dem Unterhaus gestehen mußte, daß er es wiederholt falsch informiert habe, weil er selbst falsch informiert worden sei. Es ist der Mann, der sich von Ribbentrop inoffiziell auf seinem Landsitz besuchen ließ, während der offizielle englische Vertreter in Berlin vergebens auf die Beantwortung des Fragebogens wartete, und der bei dieser Gelegenheit Ribbentrop mit hitlerfreundlichen englischen Politikern zusammenbrachte, denen Hitlers Spezialreisender die Forderung nach freier Hand im Osten vortrug. Der eifrige Lord ist nun gewürdigt worden, dem Führer die Hand zu drücken.

Die Wiederwahl Roosevelts

Die amerikanische Präsidentenwahl hat mit einem überwältigenden Siege Roosevelts geendet. Sein Gegenkandidat war der Vertreter der konservativen Richtung, die zurück wollte zur Zeit vor dem »New deal«. Die

Wahl hat gezeigt, daß die Politik des New Deal und ihre Wirkungen starke und ausschlaggebende Bevölkerungsklassen hinter Roosevelt gebracht haben. Amerika stellt die Uhr nicht zurück!

Die Entwicklung kann nun weitergehen in der Richtung einer dirigierten Wirtschaft auf demokratischer Grundlage. Dieses amerikanische Wirtschaftsexperiment ist der Gegensatz zu der deutschen dirigierten Kriegswirtschaft. In den Vereinigten Staaten werden alle Wirtschaftskräfte harmonisch gefördert, um den Wohlstand des Volkes zu heben — in Deutschland werden die unproduktiven Kriegskräfte aufgebläht, während das Volk zum Hungern gezwungen wird. In den Vereinigten Staaten zielt die Wirtschaftspolitik auf eine Wirtschaft des Friedens ab — in Deutschland auf eine Kriegswirtschaft, von der kein Weg zur Friedenswirtschaft führt.

Die Wiederwahl Roosevelts ist eine Stärkung der Demokratie, die um so wesentlicher ist, als in Europa die gegenrevolutionären Kräfte immer kühner werden.

Die verfassungsmäßig gewählte Diktatur

In der englischen Unterhausdebatte vom 29. Oktober polemisierte der Konservative Sir R. Horne gegen den Sprecher der Labour-Fraktion Greenwood. Er warf ihm vor, daß die Stellung von Labour zur spanischen Frage in sich widerspruchsvoll sei. Dabei sagte er:

»Wenn eine ähnliche Revolte in Deutschland gegen die verfassungsmäßig gewählte Regierung ausbrechen würde, so würde die Politik von Labour nicht mit dem übereinstimmen, was Greenwood vertreten habe.«

Dieser ahnungslose Engländer ist wahrscheinlich der einzige Mensch, der die deutsche Verfassung von heute kennt. Er weiß sogar, daß die Hitlerdiktatur eine verfassungsmäßig gewählte Regierung darstellt! Aber es ist nicht nur Ahnungslosigkeit! In diesem Vergleich liegt die ganze Infamie jener Reaktionäre, denen aus Angst vor der wahren Demokratie die deutsche Despotie zu einer verfassungsmäßig gewählten Regierung wird, und die mit diesem Vergleich ihre eigene demokratische Verfassung beschmutzen.

Eine Erklärung Sollmanns

In der »Zeitschrift für Sozialismus« (Nr. 36) behauptet Paul Sering in einem Aufsatz »Was ist Volkssozialismus?«, daß Dr. Otto Strasser »in seinem Wochenblatt Artikel von Sollmann abdruckte«.

Paul Sering irrt sich. Die »Deutsche Revolution« hat niemals Artikel von mir »abgedruckt«. Auch hat sie mich niemals zur Mitarbeit aufgefordert, und selbstverständlich habe ich mich niemals zur Mitarbeit angeboten. Richtig und dankenswert ist, daß die »Deutsche Revolution« in zwei Fällen Aufsätze von mir auszugsweise zitiert hat. Einer dieser Artikel war im »Neuen Vorwärts«, der andere in der »Zeitschrift für Sozialismus« veröffentlicht.

Zitate erschienen übrigens zustimmend nicht nur in der »Deutschen Revolution«, sondern auch in katholischen, liberalen, demokratischen und linkssozialistischen Zeitungen und Zeitschriften des Auslandes, und zwar ausführlicher als in dem Strasserschen Wochenblatt. Um zu verhindern, daß man mich in eine der vielen Fronten einreihet, wenn in einer Ihrer Zeitschriften einmal ein paar Sätze aus einem Artikel von mir zitiert werden, erkläre ich hier ein für allemal: meine politischen Entscheidungen treffe ich als das, was ich nun seit weit mehr als drei Jahrzehnten in Glück und Unglück ohne Unterbrechung und ohne Schwanken war und bin: deutscher Sozialdemokrat.

Wilhelm Sollmann.

»Ritterliche« Denunzianten

Unter der Überschrift »Hier spricht Moskau« gibt Otto Strassers »Deutsche Revolution« eine Antwort im Stile der »Kampfzeit« auf meinen Artikel in der »Zeitschrift für Sozialismus«. Mein Artikel, der sich in rein sachlicher Weise, unter bewußter Vermeidung aller persönlichen Angriffe mit der Ideologie Strassers und verwandter Strömungen auseinandersetzte, wird von der spaltenlangen Antwort nur in einem Punkte sachlich berichtigt: Durch den Hinweis, daß Strassers kulturelles Ideal nicht der Kleinbürger, sondern der Ritter sei. Was er unter ritterlicher Haltung versteht, wird durch die Beschimpfungen, Verleumdungen und Denunziationen, die die Antwort im übrigen füllt, unzweideutig illustriert.

Nach bewährtem Schema stellt das Strasserblatt seine Kritiker als Moskauer Agenten hin und unterstellt mir in diesem Zusammenhang, ich wolle durch den Gebrauch eines Pseudonyms eine kommunistische Vergangenheit verschleiern (die etwa solange zurückliegt, wie Strassers Mitgliedschaft in der Hitlerpartei). In Wirklichkeit wurde mein Pseudonym im Sommer vorigen Jahres von den Genossen festgelegt, die meinen ersten Artikel ins Ausland brachten, während ich selbst noch in Deutschland tätig war. Es deckte und deckt heute noch nicht eine kommunistische Tätigkeit vor 1933, sondern meine und meiner noch in Deutschland lebenden Freunde sozialdemokratische Tätigkeit seit dem faschistischen Umsturz. Der Versuch, es »aufzudecken«, hat die Bedeutung einer Denunziation an die Gestapo.

Schon bei meiner ersten Mitarbeit an sozialdemokratischen Zeitschriften im Jahre 1932 habe ich klargestellt, daß ich bis 1929 in der KPD und bis Herbst 1930 in der kommunistischen Opposition organisiert war. Ebensoviele wie mit den Tatsachen meiner politischen Entwicklung, habe ich je mit meiner grundsätzlichen Einstellung zur Sowjetunion zurückgehalten, die für mich eine der Hauptlehren aus dieser Entwicklung ist: Daß für die europäische Arbeiterbewegung die Unabhängigkeit von der SU und die Kooperation mit der SU in gleichem Maße lebensnotwendig sind. Paul Sering.

Offizierschre — rückwirkend Des Herrn Reichskriegsministers Sleg über einen angeheulerten Bierbankpatrioten.

In einem Königsberger Bierlokal saß der 49jährige Volksgenosse St., ein ausgezeichnete Patriot, und brüstete sich mit seinen Kriegserlebnissen. Welche Lust es gewesen sei, den Feind zu dreschen und daß er gleich wieder mitginge, wenn das Vaterland rief — so etwa ließ er sich vernehmen. Dann aber geriet er vom rechten Wege ab. Mochte ihm nun das Bier die Zunge gelöst haben oder mochten ihm angesichts des wieder butter- und speckarmen Deutschlands die verflissenen Kasinoprassereien seiner Vorgesetzten besonders aufreizend erscheinen — genug, er sprach sich über die ehemaligen

Hitlers Befehle für Danzig

Danzig als Kriegsvorwand — Gauleiter Forster befiehlt Rechts- und Verfassungsbruch!

Der Völkerbund hat einen Dreierausschuß eingesetzt, um die Danziger Frage zu prüfen. Er hat Polen ein Mandat gegeben, über die Völkerbundsinteressen in Danzig zu wachen. Die Hitlerpolitik aber ist entschlossen, den Völkerbund in der Danziger Frage als nicht mehr bestehend anzusehen. Der Danziger Gauleiter Forster hat auf dem Gauparteitag der NSDAP vom 5. Oktober 1936 die Befehle zum Staatsstreich ausgegeben. In einer Rede, die sich an die Danziger Juristen wandte, führte er folgendes aus:

»Meine Herren! Ich habe mit dem Führer alle Danziger Fragen stets besprochen. »Wollen Sie seine Meinung hören?« Ich habe ihn gefragt, ob er denn nicht den Befehl zur Aenderung des Danziger Statuts, wie sie das Ding nennen, geben will. Der Führer sagte mir darauf:

»Wieso, entweder ganz oder gar nicht! Lassen wir doch in Danzig eine wunde Stelle. Dann haben wir eines Tages den Grund, einzugreifen.«

Natürlich gilt dies nicht für die Opposition. Die muß verschwinden. Meine Herren, und da brauchen wir Sie, Sie werden in den kommenden Monaten recht nötig sein. Gewiß, es ist nicht einfach. Aber ich bin der Überzeugung, daß irgend eine Gesetzesteile sich stets finden läßt, um ein nationalsozialistisches Ergebnis festzustellen. Ich sehe vor mir den Polizeipräsidenten sitzen. Der kam auch oft zu mir und meinte: »Wie soll ich es bloß begründen?« Nun, wir haben es stets begründet und es ist stets gut gegangen. Glück muß man eben haben. Und wir Nazis haben noch stets Glück gehabt.

Ja, meine Herren, auch Sie müssen etwas finden. Sehen Sie, es heißt, der Richter sei unabhängig und nur seinem Gewissen unterworfen. Na ja, dann entscheiden Sie doch. Wer soll Sie denn beißen? Ich doch nicht!

Da komme ich auf einige Einzelheiten. Der Wahlanfechtungsprozeß bereitete mir einige Sorgen. Ich habe daher vor der entscheidenden Sitzung den betreffenden entscheidenden Mann zu mir bestellt. Der kam herein und sagte zu mir, bevor ich überhaupt etwas gesagt hatte: »Aber ich bitte, ich bin ein unabhängiger Richter!« Meine Herren, darauf kann ich nur eines erwidern: »Das finde ich lächerlich!« — Viel Sorgen hat mir auch das Arbeitsgericht gemacht. Seine Urteile sind »vom grünen Tisch« aus gemacht. Gewiß, vielleicht sind die einzelnen Leute bei den Entlassungen so »saudumm« gewesen und haben die politischen Gründe der Entlassung genannt. Aber trotzdem: »Es geht nicht, daß wir jemand hinausschmeißen, der ein ganz übler Volksverräter ist und sich dann ein Gericht findet, das diesen Herauschnitt rückgängig macht.« — Auch das Urteil in der Strafsache Beck verstehe ich nicht, da hat man mir gesagt,

Offiziere gründlich aus. So gründlich, daß der Lokalspitzel in die Telefonzelle verschwand.

Was nun geschah, hätte sich der Patriot St. nie träumen lassen. Um ihn, den einfachen Mann und Vaterlandverteidiger kümmerte sich sein Kriegminister persönlich. Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber, Generalfeldmarschall von Blomberg stellte Strafantrag »wegen Beleidigung der Wehrmacht«. Weitere Strafanträge brachten ein: Generalmajor von der Goltz für den Verein der deutschen Offiziere und Oberst Reinhard für den deutschen Kriegerbund. Es gibt eben nichts empfindlicheres als die Offizierschre — besonders nach verlorenen Kriegen. Das bedachte wohl auch das Königsberger Sondergericht, das den Fall zu prüfen hatte. Im Gerichtsbericht heißt es:

»Die Frage war zu entscheiden: kann sich die neue Wehrmacht getroffen fühlen, wenn jemand das alte deutsche Offizierskorps aus dem Weltkrieg in seiner Gesamtheit schmäht, beschimpft oder verächtlich macht? Das Sondergericht hat diese Frage bejaht...

Bei der Strafzumessung berücksichtigte das Gericht, daß der Angeklagte die Äußerungen nicht aus marxistischer oder staatsfeindlicher Gesinnung gemacht, sondern, daß er, selbst militärfreundlich, in angetrunkenem Zustand grob entgleist sei. Das Gericht erkannte deshalb nicht auf die vom Staatsanwalt beantragten neun Monate Gefängnis, sondern ließ ihn mit sechs Monaten davonkommen.«

Somit wäre die Offizierschre an jenem selbst militärfreundlichen, aber angetrunke-

es sei nicht 100 Prozent sicher gewesen, ob die Lilly die Straftat begangen hat. Daher sei sie so gütig abgesehen.

Meine Herren, das ist mir unverständlich. Stellen Sie sich vor, ich hätte da als Richter gesessen. Die Frau wäre, ob es 100 Prozent erwiesen wäre oder nicht, nicht mehr lebend davon gekommen.

Meine Herren, glauben Sie nicht, daß die oppositionellen Zeitungen noch erscheinen werden. Die sind ein für allemal verboten und auch für ihre Hintermänner ist das letzte Stündlein bald gekommen. Gewiß, wir wissen noch nicht, wie wir das machen. Es wird aber gemacht, denn wir haben ja immer Glück gehabt. Lester abzusagen, ja, der Wunsch bestand lange. Die Gelegenheit fehlte mir bloß, bis die Offiziere der Leipzig ankamen. Bei einer Besprechung beim deutschen Generalkonsul ist mir der Gedanke gekommen, den Kampf aufzunehmen. Ich schrieb den Artikel, der, bevor er veröffentlicht wurde, von allerhöchster Stelle, wie Sie sich denken können, korrigiert und gebilligt wurde.«

Nach diesen Anweisungen ist in Danzig verfahren worden. Der Terror ist in vollem Gange. Am 21. Oktober 1936 hat Forster in einer Belegschaftsversammlung der Städtischen Sparkasse seine Absichten weiter erläutert:

»In Danzig müsse jetzt die deutsche Einheitsfront hergestellt werden. Nachdem die Sozialdemokratische Partei verboten worden ist, müsse mit allen Mitteln versucht werden, die bisherigen Anhänger der Sozialdemokratie in die nationalsozialistischen Organisationen einzugliedern. Wer nicht zu gewinnen ist, müsse vernichtet werden. Auch das Zentrum werde bis Ende des Jahres aufgelöst sein. Noch vor einem halben Jahre hätte die Regierung nicht wagen können, die Parteien aufzulösen. Aber ich habe im Sommer einen Schuß auf den Völkerbund abgegeben, der gesessen hat. Wir brauchen uns jetzt um den Völkerbund nicht zu kümmern. Auch der vom Völkerbund eingesetzte Dreierausschuß oder sonst irgendetwas wird daran nichts ändern. Vom Minister Beck werden wir uns nichts reinreden lassen. Das Dritte Reich steht hinter Danzig. Danzig ist heute schon so gut wie deutsch, es wird bald ganz deutsch werden. Man spricht zwar davon, daß dem Verträge entgegenstehen. Verträge sind aber nur Papier, das man zerschneiden kann.«

Die Danziger Arbeiterbewegung wird systematisch weiter zertrümmert. Von den am 4. Oktober verhafteten 74 Landfunktionären der Sozialdemokratischen Partei befinden sich 41 immer noch in Haft. Das letzte Opfer ist der Arbeitertouristenverein Naturfreunde. Er wurde aufgelöst, sein Eigentum geraubt. Die Putschpläne Hit-

lerdeutschlands in Danzig liegen offen vor den Augen der ganzen Welt. Aber es hat den Anschein, als ob die Westmächte den Ernst dieser Drohungen ebenso vom Völkerbund fernhalten trachten, wie die spanischen Ereignisse!

Eine Parallele

Die Anweisung Forsters zum Staatsstreich in Danzig ist eine Parallele zu jenem Generalbefehl des Staatsreiches, den Göring am 15. Februar 1933 in einer Konferenz der Ober- und Regierungspräsidenten von Preußen, also der höchsten Chefs der Verwaltung, ausgab. Göring hat damals nach einem authentischen Bericht ausgeführt:

»Er habe nun lange und eingehend seine Richtlinien dargelegt und nehme an, daß keine Unklarheiten über den neuen Kurs bestünden. Er wünsche keine Aussprache, da er sich bewußt sei, daß viele seiner Anweisungen mit dem geltenden Reichs- und Landesrecht und den Gesetzen im Widerspruch stünden. Er erwarte, daß die ihm unterstellten Verwaltungsbeamten und Juristen den neuen Weg finden würden, um diese Sache zum richtigen Austrag zu bringen. Er werde jeden Beamten, der seinen Weisungen folgen werde, rücksichtslos decken.

Die Beamten hätten bei den zu treffenden Maßnahmen nicht dauernd zu fragen, ob der Staat etwa durch Regreßprozesse haftpflichtig gemacht werden könne. Auch hinsichtlich der strafrechtlichen Seite würden die Beamten voll von ihm gedeckt werden.

Es werde sich auch kein Staatsanwalt und kein Richter finden, um einen Beamten, der dem neuen Kurs folge, zu bestrafen. Er betone noch einmal, daß es keinen Beamten, vor allem auch keine Polizeibehörde, etwas angehe, was in den SA- und SS-Häusern vor sich ginge, und selbst wenn in diesen Häusern die Waffen bergehoch lägen, habe kein Beamter, der Polizei in diesen Häusern etwas zu suchen. Jeder Beamte, der es künftig wagen würde, ein solches Haus zum Zwecke der Durchführung einer polizeilichen Maßnahme zu betreten, würde rücksichtslos entfernt werden. Auch wenn von diesen Häusern etwaige Straftaten ausgingen, hätten die Polizeibeamten in Verfolg dieser Taten diese Häuser nicht zu durchsuchen. Die Vornahme von Ermittlungen sei allein Sache der für diese Organisationen verantwortlichen Führung.

Ferner drohte er, daß der Verrat von Dienstgeheimnissen, Anordnungen oder Erlässen mit dem sofortigen Hiniauswurf von Beamten und Angestellten beantwortet werden würde. Sollte sich bei einer Behörde nicht feststellen lassen, wer den Verrat begangen habe, so würde die gesamte Behörde aufgelöst, die Mitglieder dieser Behörde hinausgeworfen oder versetzt werden.

Endlich teilte er mit, daß künftig die SS und die SA in dem besprochenen Umfang zur Durchführung von polizeilichen Maßnahmen als Notpolizei eingesetzt würden.

(Wiedergegeben bei Max Klinger, Volk in Ketten, Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsruhe, S. 14.)

Die verbrecherischen und blutigen Methoden, mit denen das System seine Herrschaft in Deutschland begründete, werden jetzt mit zynischer Offenheit in Danzig durchgeführt.

gesamte Nationalsozialistische Partei veridagen!

Gehäufte Unglücksfälle

Geheimnisvolle Todesanzeigen des
Schwarzen Korps.

Das »Schwarze Korps«, das Organ der SS, vom 22. Oktober dieses Jahres, bringt folgende Todesanzeigen:

»Am 19. September verstarb an den Folgen eines Unglücksfalles unser Kamerad, der St.-Anwärter Ernst Schneider. Wir behalten ihn im Gedenken.

Der Führer des 10. Sturms der 75. SS-Standarte.«

»Am 8. Oktober 1936 starb infolge Unglücksfalles einer unserer ältesten schlesischen SS-Männer, SS-Obersturmführer Richard Tschanz.

Der Führer der 16. SS-Standarte.«

»Am 8. Oktober 1936 wurde uns unerwartet unser Kamerad SS-Oberführer Rudolf Tietenberg genommen.

Der Führer des SS-Sturms 9/6.«

»Am 10. Oktober 1936 verunglückte unser SS-Kamerad Karl Gühring tödlich.

Der Führer der 16. Kompanie SS »Deutschland«.

»Am Montag, dem 12. Oktober 1936, schied unser lieber Kamerad SS-Obersturmführer Heinrich Böttelberger jäh aus dem Leben.

Der Inspektor der SS-Stammabteilung »Rhein«.

nene Bierbankpatrioten aus Königsberg-Ostpreußen furchtbar gerächt. Merkwürdig allerdings, daß im erneuerten Deutschland nur die Offiziere des Weltkrieges eine Ehre zu haben scheinen, nicht aber die Soldaten, ohne die der beste Offizier nichts ausrichten könnte. Es ist im Reiche Adolf Hitlers geradezu Mode geworden, eine ganze Generation, die deutsche Kriegs- und Nachkriegsgeneration, zu beschimpfen, sie der Feigheit zu verdächtigen, ihr Verräterei und Bestechlichkeit vorzuwerfen. Kein Wunder, daß man aus den Konzentrationslagern immer wieder dieselbe Geschichte hört: Kriegsteilnehmer, die das »Bewachungspersonal« auf ihre Verletzungen oder Auszeichnungen hinweisen, bekommen von den neunzehn- und zwanzigjährigen Rotzungen die Antwort: »Das merkt man, daß ihr den Krieg mitgemacht habt, genau so seht ihr aus, drum haben wir ihn auch verloren.« — In solchen Fällen — sie geschehen täglich — fühlt sich kein Blomberg beleidigt. Auch wenn die Gummiknüppel auf Frontsoldaten und Kriegsinvaliden niedersausen, findet sich keiner, der Klage führt. Daß die Namen der jüdischen Gefallenen von den Gedenktafeln gelöscht wurden, daß die überlebenden jüdischen Kriegsteilnehmer täglich härtesten Verfolgungen ausgesetzt sind — alles das ist Herrn Blomberg ganz gleichgültig, wenn nur die sogenannte Offizierschre unangetastet, wenn nur der Kasinogeist unberührbar bleibt.

Hätte im Dritten Reich auch der einfache Frontsoldat eine Ehre — Blomberg müßte die

Ein Kriegsplan, kein Wirtschaftsplan

Unmittelbare Kriegsvorbereitung des deutschen Militarismus

Nach der Rede Görings und den darauf folgenden Erlässen ist es erst recht klar geworden, daß es sich bei dem Vierjahresplan nicht um einen Wirtschaftsplan, sondern um einen Kriegsplan handelt. Denn unerläßliche Voraussetzung einer deutschen Wirtschaftsplanung wäre die Rückbildung der hypertrophischen Rüstungsindustrie, die Belegung der Konsum- und Exportindustrien, ohne die weder die fortschreitende Verschlechterung der Lebenshaltung noch die Rohstoffnot beseitigt werden kann. Davon ist nicht nur nicht die Rede, sondern Rüstungsumfang und Rüstungstempo sollen noch verstärkt werden, um angesichts der Gegenrüstungen, die durch den Angriffswillen der deutschen Diktatur erzwungen werden, die militärische Überlegenheit zu sichern. Da dieses Streben an die Schranke der Rohstoffbeschaffung für die Ernährung und die Rüstungsindustrien stößt, sollen Ersatzstoffe ohne Rücksicht auf die Kosten in höherem Maße als bisher hergestellt werden.

Das heißt aber nichts anderes, als daß ein noch größerer Teil der deutschen Produktivkräfte, obwohl diese schon bisher nicht zur Herstellung der gigantischen Kriegsmaschinerie ausreichten, ohne schwere Spannungen in der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung zu erzeugen, trotzdem zur Herstellung von Ersatzstoffen verwandt werden sollen, die Disproportionalität in der deutschen Wirtschaft also noch gesteigert werden wird.

Denn es ist klar, daß, wenn die Errichtung neuer Anlagen zur Herstellung von Zellwolle, von synthetischem Benzin und Kautschuk jetzt aufs neue forciert wird, das nicht nur in der nächsten Zeit eher vermehrten Devisenbedarf bedeutet, sondern auch auf die Dauer den deutschen Export einschränken und so die Spannungen der Lebensmittel- und Rohstoffnot weiter vermehren muß. Denn schon heute ist ja der deutsche Handel Naturalaustausch geworden. Vermindert Deutschland seine Bezüge an russischem und rumänischem Petroleum, so kaufen Rumänien und Rußland um denselben Betrag weniger Waren von Deutschland; es entsteht kein Exportüberschuß und es fallen keine Devisen an, die zu vermehrtem Bezug von Nahrungsmitteln verwendet werden könnten. Da aber die Ersatzproduktion sehr viel teurer ist als die ausländischen Rohstoffe — der künstliche Kautschuk kostet bei geringerer Verwendungsfähigkeit heute etwa das Neunfache des natürlichen — so bedeutet die Ausdehnung dieser Ersatzproduktionen eine weitere Erhöhung des deutschen Preisniveaus, eine erneute Erschwerung der Konkurrenzfähigkeit auf den auswärtigen Märkten. Weit entfernt, eine Erleichterung dadurch zu bringen, daß Devisen durch geringeren Bezug dieser Rohstoffe für die Einfuhr von Futtermitteln und Fett frei werden, wird die deutsche Rohstoffsituation bei Ausführung des Vierjahresplanes erschwert. Aber dies gilt allerdings nur für die Gesamtwirtschaft und auf die Dauer, nicht für den Kriegssektor und für eine Uebergangszeit. Denn für diesen kommt jetzt nur die Sicherstellung bestimmter, für den Kriegszweck dienender Rohstoffe in Betracht, die bei Kriegsausbruch da sein müssen, genau wie genügender Vorrat von Waffenmunition. Deshalb werden jetzt die Produktivkräfte in noch höherem Maßstab als bisher für militärische Zwecke beschlagnahmt, auf Kosten ihrer Verwendung für den Konsum und den Export.

Das wird auch offen zugegeben, Göring und Göbbels haben ausdrücklich erklärt, daß wirtschaftlich der Plan keine Lösung darstellt. Sie haben gar kein Hehl daraus gemacht, daß Fleisch- und Fettnot, daß Mangel an wichtigen Gegenständen des täglichen Bedarfs zur Dauererscheinung der deutschen Wirtschaft gehören werden. Daran wird auch nach ihrer Meinung die Durchführung des Vierjahresplanes nichts Entscheidendes ändern. Denn den Grund der Wirtschaftsnöte der Diktatur sehen sie überhaupt nicht im Wirtschaftlichen und am wenigsten in ihrer eigenen wahnhaften Kriegswirtschaft, sondern im Politischen, im Mangel an Rohstoffgebieten und Kolonien. Die wollen sie sich holen. Und deshalb handelt es sich ihnen überhaupt nicht um

einen Wirtschaftsplan, sondern um einen Kriegsplan in doppeltem Sinn:

einmal geht es unmittelbar um Verstärkung des industriellen Kriegspotentials durch Schaffung einer an sich noch so unwirtschaftlichen Ersatzproduktion, andererseits aber um die Aufstellung des Kriegsziels.

Die Kriegsvorbereitung hat zu einer fortschreitenden Wirtschaftszerrüttung geführt, die Durchführung des Vierjahresplanes muß die Zerrüttung noch steigern. Als Ausweg aus den Lebensmittelschwierigkeiten, als Befreiung von allen Hindernissen und Abhängigkeiten scheint nicht mehr irgend eine vernünftige Wirtschaftspolitik, sondern die Eroberung der angeblich fehlenden Rohstoffgebiete. Der Eroberungskrieg soll populär gemacht werden, er soll Volksangelegenheit werden, dem Kriege muß die notwendige Massengrundlage gegeben werden — das ist der politische Sinn des Vierjahresplanes, dessen materieller Zweck die militärische Mobilmachung der Wirtschaft ist.

Die Durchführung des Vierjahresplans wird auf dieselben Schwierigkeiten stoßen, die bereits durch die bisherige Aufrüstung hervorgerufen werden wird. Die Ausführung der neuen und kostspieligen Investitionen wird durch Vermehrung der staatlichen Wechsel finanziert werden wie bisher. Die großen Unternehmungen werden zum Teil auch gezwungen werden, die Neuanlagen selbst zu finanzieren, wie es die Braunkohlenindustrie bei der Errichtung der Hydrierungsanlagen und die Textilindustrie zum Teil bei der Anlage der Zellwollfabriken tun mußten. Das Reich wird den Preis der Produkte

und damit die Rentabilität garantieren. Die Buchgewinne werden weiter steigen, aber zuletzt werden die Unternehmungen nur über unproduktive Anlagen und Papiermark verfügen.

Die fortschreitend inflationistische Finanzierung macht im Verein mit anderen Faktoren, die die deutsche Produktion verteuern, den Preisauftrieb immer stärker. Der Reallohn ist sehr bedeutend gesunken. Aber das Regime will wenigstens den Nominallohn festhalten, um ein allgemeines rasches Steigen der Preise zu verhindern und damit das Umschlagen der latenten in die offene Inflation hinauszuschieben. Daher ein neuer Kampf um das Festhalten der Preise. Aber die Situation ist von der der ersten Jahre des Regimes sehr verschieden, weil damals die Ausdehnung der Produktion mit einer Kostenverringerung durch bessere Ausnutzung der Kapazität verbunden war, die Handelsspannen zum Teil noch hoch waren und auch die Kartellprofite beschränkt werden konnten. Trotzdem sind hauptsächlich durch die Erhöhung der Agrarpreise die Preise seit 1934 fortwährend gestiegen. Jetzt liegen aber die Verhältnisse wesentlich ungünstiger. Darüber sagt die »Frankfurter Zeitung«:

»Auf dem Gebiete der Kartellpreise bietet sich vielleicht noch manche Möglichkeit — eben erst hat der Reichswirtschaftsminister eine beträchtliche Zementpreissenkung verfügt — aber im allgemeinen sind die Kartelle in den letzten Monaten bereits stark unter Druck gehalten worden. Die Spannen des Handels und des Nahrungsmittelhandwerks dürften eine weitere Zusammenpressung kaum mehr vertragen. Auch Kostensenkungen durch erhöhte Kapazitäts-

ausnutzung sind nicht mehr zu erwarten; denn wo noch Anlagen still liegen, in den rein konsum- und exportorientierten Teilen der Wirtschaft, steht eine zunehmende Beschäftigung kaum in Aussicht, und wo die Aufträge noch steigen, wächst die Produktion großenteils mit progressiven Kosten, worauf verlängerte Lieferfristen, Ueberstunden, Facharbeitermangel und Kapazitätserweiterung schließen lassen.«

Das Preisniveau wird also trotz allen behördlichen Drucks um so stärker anziehen, als auch die andauernde Flucht in die Sachwerte in derselben Richtung wirkt

und damit wird auch die Lohnfrage immer erneut gestellt.

Diese wird auch dadurch schwieriger, daß in gewissen Zweigen der Rüstungsindustrie und im Baugewerbe Facharbeitermangel herrscht und auch die Verklawung der Landarbeiter die Leutenot in der Landwirtschaft nicht behoben hat. Das muß an sich die Stellung der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt stärken. Daher die immer wiederkehrenden Pläne weiterer Beschränkung der Freizügigkeit, zwangsweise Zuweisung von Arbeitsplätzen und Ausnutzung des Arbeitsbuches zu einer immer vollständigeren Unterwerfung der Arbeiterschaft unter die »vordringlichen« militärischen Bedürfnisse.

Der Vierjahresplan erleichtert also kein einziges der akuten wirtschaftlichen Probleme, sondern steigert nur die schon vorhandenen Schwierigkeiten. Aber gerade das beweist — und das ist das Unheimliche — mit welcher kurzen Zeitspannen die Diktatur rechnet, um den Ausweg aus den Schwierigkeiten, die sie mit den Mitteln der Wirtschaft immer weniger meistern kann, auf dem Wege der politischen Erpressung und wenn nötig auf das Risiko des Krieges hin zu suchen.

Dr. Richard Kern.

Volk ohne Wohnraum

Es ist eine Tatsache, daß in den demokratischen Ländern mehr für des Volkes Behausung, in den Diktatorländern mehr für seine Bewaffnung gesorgt wird. Das Weimarer System hat in der Wohnungsfürsorge zweifellos Außerordentliches geleistet. Der Konjunkturaufstieg, der der Nachinflation folgte und 1926 einsetzte, war ohne Zweifel vorwiegend dem öffentlichen Wohnungsbau zu danken.

Der Reinzugang (Neu- und Umbauten) von Wohnungen betrug in den letzten Jahren vor dem Kriege jährlich etwa 200.000, im Jahre 1930, das zur Hälfte ein Krisenjahr war, mehr als 300.000.

Im Kaiserreich war der Wohnungsbau vornehmlich ein Objekt der privaten Spekulation, in der Republik wurde er vom Privatkapital vernachlässigt und fast völlig mit öffentlichen Mitteln gespeist und auf öffentliche Initiative gefördert. Das Beispiel der deutschen Republik hat erfolgreiche Nachahmung gefunden. Allerdings nicht in Deutschland selbst, sondern in England, den Vereinigten Staaten, Schweden. Dort gibt es zwar keine so gigantische »Staatskonjunktur« wie im Dritten Reich, aber einen ansehnlichen echten, d. h. mit Verbesserung der allgemeinen Lebenshaltung vereinbaren Aufschwung. In England begann man mit dem großzügigen Abbruch der Elendquartiere und ihrem Ersatz durch menschenwürdige Behausungen. In Schweden ist es unter einer »marxistischen« Regierung nach einer in der englischen Zeitschrift »Financial News« veröffentlichten Abhandlung des schwedischen Professors Ohlin vor allem die Baukonjunktur gewesen, »die zu einer der wichtigsten Grundlagen des Aufschwungs geworden sei; der Baumarkt zeige eine Belebung über den schon besonders hohen Stand vor der Krise hinaus.«

In den Diktatorländern muß die Behausung hinter der Bewaffnung zurücktreten. In den drei ersten Jahren des Hitlerregimes wurde die Zahl der Wohnungen um 703.000 vermehrt, in den drei Jahren 1929 bis 1931 um 860.000. Das Jahr 1931 war bereits ein Krisenjahr. Schon in der Republik konnte der Wohnungsbau nicht ganz der Wohnungsnot Herr werden, im Dritten Reich bleibt er noch weiter hinter dem Wohnungsbedarf zurück.

Hitler hat vom »Liberalismus« ein Erbe übernommen, das in den vier Jahren seines Regimes nicht aufgezehrt werden konnte. Mussolini hatte 14 Jahre Zeit zu zeigen, was er leisten kann, um seinem Volke menschen-

würdige Heimstätten zu schaffen. Da erscheinen zur gleichen Zeit, da er seine großzügigen Aufbaupläne für Addis Abeba bekanntgibt, die Ergebnisse einer Erhebung über die Wohnverhältnisse in Italien. Die Ermittlungen in 92 Provinzhauptstädten und Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern mit einer Bevölkerung von zusammen 13.850.000 Menschen zeigt folgendes Bild: 4.780.000, also mehr als ein Viertel dieser Untertanen Mussolinis, leben in Wohnungen, in denen 2 bis 4 Personen auf einen Raum kommen. In den größten Städten Italiens machen Wohnungen von 1, 2 und 3 Räumen mehr als die Hälfte des ganzen Wohnumfanges aus, und zwar 52,1 Prozent der Wohnungen in Rom, 72,5 Prozent in Neapel, 76,4 Prozent in Mailand, 76,7 Prozent in Turin, 86 Prozent in Bari, 90,8 Prozent in Matera. In Alessandria sind 72,5 Prozent, in Livorno 78,4 Prozent, in Ravenna 90 Prozent aller Wohnungen ohne Wasserklosett. Noch größer ist die Zahl der Wohnungen mit gar keinem Klosett. »Es herrschen also«, schreibt »Die deutsche Volkswirtschaft«, »in vielen Orten noch Zustände, wie sie Goethe 1786 in Torbole vorfand.«

Geradezu grauenhaft sind die Wohnverhältnisse auf dem Lande. Von 3.660.000 Landwohnungen wurden 161.000 für abbruchreif, 523.000 für dringend reparaturbedürftig erklärt. Diese Wohnungen verdienen aber diese Bezeichnung nicht, denn sie bestehen in der Mehrzahl aus einem einzigen kahlen Raum, der oft gleichzeitig als Stall und Scheune Verwendung findet. Ueber die Kolonisation in Afrika hat Mussolini die Kolonisation im eigenen Lande vergessen. Die Wohnungst Statistik ist das einzige, was in den 14 Jahren seiner Herrschaft zur Verbesserung des Wohnungswesens getan worden ist. In den faschistischen Ländern wird nach mehr Raum für das Volk gerufen, aber sein Wohnraum vernachlässigt, weil dort Kanonen wichtiger sind als Butter und das Schießen wichtiger als das Wohnen! G. A. F.

Ein unheilvoller Zirkel

Ein Teil der Großindustrie hat sich Dr. Goerdeler als Sprachrohr bedient, um Hitler für die Abwertung der Mark zu gewinnen. In dem Werben um den Führer haben die Gegner der Abwertung den Sieg davongetragen. Die Voraussetzung für die Wirkung einer Senkung des Goldwertes der Mark wäre vor allem eine wirkliche Goldmarkparität. Sie ist aber eine Fiktion, die Wirklichkeit sind die 20 verschiedenen Marksorten, mit denen

die deutsche Ausfuhr bezahlt wird und deren Goldwert weit unter dem fiktiven amtlichen Markkurs liegt. Es war den Freunden der Abwertung auch viel weniger um diese selbst zu tun als um ihre unvermeidliche Nebenwirkung, den Abbau der Devisenzwangswirtschaft. Nur unter dieser »Schutzglocke« einer Abschließung vom Ausland ließ sich nach Auffassung von Josef Windschuh, dargestellt in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« (»Deutschlands Weg durch die Abwertungszone«), »unsere nationale Konjunkturpolitik ... durchführen«. Was geschehen würde, wenn man diese Schutzglocke zertrümmerte oder auch nur lüftete, schildert Windschuh wie folgt:

»Eine Freiheit des Zahlungsverkehrs würde im Augenblick zu einer Währungsanarchie sogleich führen ... Die ausländischen Finanzgläubiger, denen wir noch 13 Milliarden schulden, würden die Transferfreiheit, die ja zum Wesen eines freien Zahlungsverkehrs gehört, zu einem Ruin auf ihre Guthaben und Zinsen ausnutzen, soweit sie vertraglich ausgezahlt werden müßten. Deutsches Geldkapital würde in weitem Umfang in ausländische Devisen umsteigen. Eine aufgestaute Reiselust würde ungehemmt deutsches Geld ins Ausland tragen. Angesichts der geräumten Rohstofflager und des vielfach bestehenden Substanzhangr würde ohne Rücksicht darauf, ob Importdevisen von der Reichsbank zugeteilt werden können, im Ausland gekauft werden, gegen Reichsmark oder auf Kredit. Das Ergebnis wäre — bis auf weiteres — ein ungebreitetes Abströmen deutscher Zahlungsmittel ins Ausland, ein starkes Angebot deutschen Geldes auf den Devisenmärkten, ein Druck auf den Kurs der neuen Reichsmark, gegen den die deutsche Regierung ohnmächtig wäre, denn sie könnte keinerlei Reserven, keinen Währungsausgleichsfonds zur Stützung des Markkurses, zum Ausgleich einer losgelassenen Zahlungsbilanz einsetzen. Die Rückwirkungen auf die Handelsbilanz würden natürlich nicht ausbleiben. Die ausländischen Lieferanten, die auf unverkäuflichen Marktbeträgen oder deutschen Importschulden sitzen blieben, würden nicht mehr liefern, sie würden sich vielmehr an ihre Regierungen wenden, die sich ihrerseits an den Erträgen des deutschen Warenabsatzes in ihren Ländern schadlos halten müßten, um ihre Fabrikanlagen zu befriedigen. Damit wären wir wieder beim unheilvollen Zirkel der Zahlungsbeschränkungen der Verrechnungen, des bürokratischen Wartens auf Anweisungen aus den Verrechnungskassen angeht. Also bei dem gleichen Zustand wie heute, aber um den Preis welcher Erschütterung!«

Ein vernichtendes Urteil über Schachts Wirtschaftsführung als dieses ist in Deutschland noch nicht gedruckt worden. Denn es besagt nichts anderes, als daß Schacht einen Weg, der zum Unheil geführt hat, weiter gehen muß, um ein größeres Unheil zu verhüten.

Propagandabluff mit Suhler Waffenfabrik

Drittes Reich und Rüstungsindustrie

Der »Völkische Beobachter« weiß seinen, ob der »görlingschen Hungerparole wohl recht gedruckten Lesern eine frohe Botschaft mitzutellen: die »weltanschaulichen und sozialistischen Forderungen des Parteiprogramms« sollen »erstmalig voll verwirklicht werden. Und das Blatt hält gar nicht hinterm Berge damit, welche Forderungen gemeint sind. Diese nämlich:

- Verstaatlichung aller bereits vergesellschafteten Betriebe,
- Brechung der Zinsknechtschaft,
- Einziehung aller Kriegsgewinne,
- Gewinnbeteiligung der Arbeiter.

Der Mut, mit dem Hitlers Zentralorgan das heiße Eisen des »unabänderlichen Programms« anfaßt, nimmt Wunder. Sollte die Welt einen in aller Stille erfolgten sozialistischen Umschwung in Deutschland übersehen haben? Sollte es den Konzernen, den Banken, den Kriegsgewinnern — — aber nein, der »Völkische Beobachter« zerstreut solche Ängste sofort und gründlich, gemeint ist nur ein einziger Fall der Verwirklichung, ein ganz besonderer: die Verstaatlichung der Simonschen Waffenwerke in Suhl und Weimar.

Kein Wort zur Verteidigung der ehemaligen Inhaber dieser Fabrik, der einzigen, die nach dem Versailler Vertrag das Recht der Waffenproduktion auf deutschem Boden behalten hatte. Zweifellos ist die jüdische Familie Simson das Opfer eines antisemitischen Straßenräubertums geworden, das — jeder Zoll ein Held und kein Krämer — den Tod seines Kumpanen Gustloff mit dem Griff nach dem simonschen Vermögen beantwortete. Aber das Unrecht, das den Simson geschah, sehen wir doch nur darin, daß sie nur allein zur Verantwortung gezogen worden sind, daß sie allein für Handlungen büßen müssen, die im Kreise ihrer Rüstungsindustriellen Kollegen als ganz legale Mittel ehrenwerter Geschäftspraxis angesehen und angewandt werden.

Es darf angesichts der heuchlerischen nationalsozialistischen Entrüstung über die »Verbrechen der Firma Simson« auch nicht unerwähnt bleiben, daß es sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete gewesen sind, die in den Etatdebatten der Nachkriegsjahre die Preisgestaltung der Suhler Waffenwerke immer wieder einer scharfen Kritik unterzogen. Damals waren es die heutigen Freunde Hitlers, die Reichswehrgenerale, die sich schützend vor die geheimnisvollen Ziffern der simonschen Rechnungen stellten, welche in Wirklichkeit nur die Kulisse für dunkle Machenschaften zur Umgehung der deutschen Abrüstung darstellten. Und das war auch der Grund, warum der kürzlich begonnene Prozeß gegen einige subalterne Maschineller vorsichtshalber unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgerollt wurde. Allzu schnell wäre sonst der Schleier um diesen Fall »jüdischen Preiswuchers« zerrissen und sichtbar geworden, worum es sich in Wirklichkeit handelte: um ordinäre Schiebungen einer Rüstungsfirma gemeinsam mit der deutschen Heeresleitung, geduldet von willfährigen Wehrministern und gedeckt durch — die Hilfestellung jener parlamentarischen Rechten, zu der auch die heutigen Ankläger, die Nationalsozialisten, gehörten.

Aber lassen wir die Frage nach dem Recht oder Unrecht im Fall Simson. Unterstellen wir die Tatsache des erfolgten Verbrechens der Preistreiberi, der Lieferung minderwertiger Ware und des Betruges an den Staatskassen. Und billigen wir das Recht jeder Regierung, darauf mit allen Mitteln, sogar durch Enteignung, zu antworten.

Doch warum nur im Falle Simson? Wollen die nationalsozialistischen Korruptionstäter wirklich glauben machen, daß solche Praktiken nur bei der einzigen jüdischen Firma vorgekommen seien? Wissen sie wirklich von keiner Anklage in gleicher Richtung gegen andere Werke? Da wird es Zeit, das schwache Gedächtnis der nationalsozialistischen Bekämpfer Rüstungsindustriellen Wuchers und Betruges etwas aufzufrischen!

Ist den Herren vielleicht der Name der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart bekannt? Eine rein arische Firma, versteht sich. Im Kriege bevorzug-

ter Heereslieferant zu Monopolpreisen, bis im Frühjahr 1918 sogar die kaiserliche Regierung aufmuckte und energisch Preisensenkung forderte, da sie festgestellt habe, daß die Firma nicht, wie sie behauptete, nur 10 Prozent, sondern — 173 Prozent auf die Selbstkosten schlage. Die empörten Patrioten in Stuttgart antworteten mit der Drohung, dann in einen Produktionsstreik einzutreten, woraufhin sie von der Obersten Heeresleitung (ließ Ludendorff) unter militärische Zwangsverwaltung gestellt wurden. Also Wucher, Betrug und versuchter Landesverrat. Wozu noch versuchte Beamtenbestechung kam: in der Sitzung des Aufsichtsrates der Daimler-Motoren-Gesellschaft

genommen worden waren, weil sie Fehler aufwiesen. Das Durcheinander des Zusammenbruchs bot den ehrlichen Kaufleuten von der GHH die gewünschte Gelegenheit, diese Schundware zu Geld zu machen: man setzte sie für zehn Millionen Mark der Reichsregierung in Rechnung. Das Betrugsmanöver gelang und kam erst später durch die Indiskretion eines Angestellten ans Tageslicht.

Nicht anders war es bei den Geschößwerken Sömmerda in Thüringen (Hauptaktionär Rheinmetall, also Krupp), denen ebenso wie der Firma Heidelberger in Frankfurt nachgewiesen wurde, im Kriege unbrauchbare Zünder und andere

lung der Stahlproduktion basierte — waren übrigens alle Firmen, ohne Ausnahme beteiligt. Denn sie alle, die Krupp, Thyssen, Haniel, Bochumer Verein, Klöckner usw. gehörten jenem Stahlwerksverband an, der im Weltkrieg seine »Monopolstellung zur Preiswucherei ausgenutzt« hat, wodurch »dem Reiche ein direkter Schaden von 400 bis 500 Millionen Mark entstanden ist.« So steht es wörtlich in einer Schrift des Hauptmanns Heinz Schmidt, Batteriechef im Artillerieregiment Münster, die 1935 (1) von der amtlichen »Zeitschrift für Wehrmacht und Wehrpolitik« herausgegeben wurde.

Und in dieser Schrift verrät Schmidt noch eine weitere, hochinteressante Tatsache: die amtlichen Akten über das ganze Gebiet der Kriegslieferungen, Kriegsgewinne usw., die in den Jahren der Republik angeblich »verschwendet« waren (wie z. B. dem Historiker Hallgarten erklärt wurde), sind jetzt wieder aufgetaucht! Schmidt hat sie nämlich eingesehen!

Welch eine herrliche Gelegenheit für die nationalsozialistischen Bekämpfer des Rüstungswuchers, mit den Schädlingen am Vaterland abzurechnen. Wenn Schmidt am Schluß seiner Schrift feststellt: »Die Tatsache des vom Reich nicht gebändigten »Gewinnraubes der Bevorzugten« hat entscheidend zu unserm Zusammenbruch im Jahre 1918 beigetragen, dann sollte es für die glühenden Feinde des »Dolchstoßes«, als die sich die Nazis stets vorgestellt haben, keiner weiteren Aufmunterung mehr bedürfen. Von der »Einziehung aller Kriegsgewinne, zu der der »Völkische Beobachter« sich jetzt wieder bekannt hat, nicht zu reden.

Aber freilich... was dem Juden Simson recht ist, braucht den Herren Krupp, Thyssen und Konsorten darum noch lange nicht billig zu sein. Es gehört natürlich ein liberalistisch verseuchtes Gehirn dazu, nicht zu erkennen, daß der Wucher und Betrug der letzteren eben — kein Wucher und Betrug ist. Denn nicht nur, daß sie mit den erwucherten Geldern die Position des arbeitslosen »schaffenden Kapitals« stärkten, sie setzten sich dadurch auch in die Möglichkeit, einen Teil der ergaunerten Millionen für »nationale Zwecke« auszuwerfen, z. B. als Unterstützung an die nationalsozialistische Propagandakasse zu zahlen...

Zweifelt da jemand daran, daß das Kapitel »Rüstungswucher« mit der Enteignung des Juden Simson für das Dritte Reich zu Ende ist? Westfallikus.

Was dem deutschen Volke bleibt



schaft vom 28. Juni 1918 wurde dem Hauptmann Groß, der die militärische Verwaltung leitete, ein gutdotierter Posten als Vorstandsmitglied angeboten!

Oder nehmen wir die Gutehoffnungshütte in Oberhausen. Großaktionär: die Familie Haniel, Generaldirektor: Reusch. Also bodenständigstes Unternehmertum. Von 1915 bis 1918 lieferte die GHH an die Spandauer Geschößwerke, also das Reich, gepreßte Geschößhülsen. Bei Kriegsende lagen auf den Werkplätzen in Oberhausen hunderttausende Hülsen, die nicht ab-

defekte Materialien geliefert zu haben. In diesem Falle wurde sogar ein Major der Prüfungsstelle der Beihilfe überführt.

Der schamlose Wucher der Firma Thyssen (Inhaber ein Freund Hitlers und Görlings) mit Infanterieschutzschilden ist hinlänglich bekannt und durch die gezahlte lächerliche »Buße« nicht aus der Welt geschafft.

An dieser rücksichtslosen Bewucherung des Vaterlandes — die sowohl auf betrügerischen Angaben über die Selbstkosten, wie auch auf einer landesverräterischen Droase-

Im Räderwerk der Hitler-Maschinerie

Ein deutscher Spanienflüchtling erzählt

Aus Wien wird uns geschrieben:

Sie haben mich gebeten, Ihnen meine Erlebnisse als deutscher Spanienflüchtling zu erzählen. Ich folge hiermit gern Ihrer Aufforderung. Ich habe mit meinem Mann und mit meinen Kindern ungefähr drei Jahre in Katalonien gelebt. Es waren Jahre schwerer Arbeit, großer Anforderungen an Elastizität und Umstellungsfähigkeit — vom vielbeschäftigten Arzt zum Koch, von der Aerztin zur Zimmervermieterin — aber es waren auch Jahre der Hoffnungsbelebung und Beruhigung. Spanien erwies sich als gastfreies Land, der kindliche, unbesorgte Charakter des Spaniers wirkte heilsam auf unsere mit Problemen überfrachteten, durch schweres Schicksal tiefgeprüften Seelen. Mitten aus diesem primitiven, nur von der Sorge um den nächsten Tag erfüllten Leben weckten uns die Schüsse der Rebellen, die Mitte Juli den Kampf gegen die rechtmäßige Regierung Spaniens aufnahmen. Da alle Gäste fluchtartig unser Haus und den Ort verließen, mußten wir unsere Pension schließen. Je länger sich der Krieg hinzog, desto unhaltbarer wurde unsere materielle Existenz, so daß wir schließlich keinen anderen Ausweg sahen, als daß ich mit den Kindern nach Deutschland zurückginge zu meiner Mutter, bis mein Mann wieder eine Möglichkeit sähe, uns drüben zu ernähren.

Wir hatten lange gezögert, bis wir unseren Entschluß faßten, solange, bis keine Möglichkeit mehr bestand, mit unsern beschränkten Geldmitteln das Fahrgeld zu bezahlen, da einen Monat nach Ausbruch des Aufstands keine Billets ins Ausland mehr verkauft wurden und man mit der völlig entwerteten Peseta draußen keine Fahrkarten kaufen konnte. Es blieb also kein anderer Ausweg, als uns von der deutschen Botschaft herübertransportieren zu lassen. Diese Transporte gingen schon wochenlang — ebenso wie die Transporte aller übrigen Botschaften, die schon in der ersten Woche ihre Staatsangehörigen aufgefordert hatten, vor allem diejenigen mit Kindern, das Land zu verlassen. In allen Appellen der deutschen Botschaften wurde immer wieder erklärt, daß alle Deutschen, sofern sie nur gültige Pässe hätten, gleich behandelt würden, und in privaten Anfragen wurde ausdrücklich zugesichert, daß die Nicht-Arier ebenso wie die Arier in diesem Falle der Not aufgenommen würden. Wenn nach dem Ausspruch eines guten Spanienkenners »gleich hinter den Pyrenäen Afrika beginnt«, so verzeihe man uns Halbfrikanern, daß wir — wir Wilden sind doch bessere Menschen — diesen Zusagen der Vertreter eines zweifellos mitteleuropäischen und daher uns zivilisatorisch hochüberlegenen

Staates Glauben schenken. Wir sollten unsere Leichtgläubigkeit bitter bereuen!

Bei mir begann die Reue schon ziemlich früh, schon bei den ersten, ach! so lange nicht gehörten Befehlshörten der Transportleiter, die völlig von dem lebenswürdigen Ton abstachen, den wir in Spanien auch von den deutschen amtlichen Stellen gewohnt waren. Sie verstärkte sich, als ich zum ersten Male den Hitler-Gruß über mich ergehen lassen mußte, ein Anblick, den man in Spanien schon vergessen hatte und den man im Land ausdrücklich verboten hatte — die Abreisenden wurden ausdrücklich verwarnet, sich von ihren Freunden auf dem Bahnhof auf diese Weise zu verabschieden — soviel Angst hatte man damals vor dem spanischen Volk — auf dem Dampfer, sobald er die spanischen Hoheitsgewässer verlassen hätte, dürfe man soviel »Heil Hitler« schreiben, wie man wolle.

Aber selbst auf dem Dampfer war das Leben noch gut zu ertragen. Vielleicht lag die Erfahrung, die man in den Wochen des Bürgerkrieges gemacht hatte, den Nazis doch zu sehr in den Knochen; vielleicht war auch das Publikum so verschieden zusammengesetzt, daß trotz aller auch dort unten eifrigen Nazi-Propaganda noch keine richtige Begeisterungstimmung bei der Aussicht auf die Rückkehr ins geliebte Vaterland aufkommen wollte. Die begeisterten Nazis, bes. alle, die

als solche bekannt und unbeliebt waren, hatten ja zumeist schon vorher das Hasenpanier ergriffen. Zu unserer Zeit flohen aber auch viele völlig unpolitische Deutsche, Männer, die 10 und 20 Jahre unten gelebt hatten und das Dritte Reich nur vom Hörensagen kannten; Männer, die wohl schon vorher Frau und Kind auf Veranlassung der Botschaft zur »Sommerfrische« für vier Wochen, wie es im Anfang hieß, in eins der herrlichen Erholungsheime geschickt hatten, die der »Führer« den armen Spanien-Flüchtlingen zur Verfügung stellte, die aber bis zum letzten Augenblick nicht geglaubt hatten, daß sie selbst ihnen bald nachfolgen würden. Charakteristischerweise sprach zu unserer Zeit der Botschaftsvertreter schon nicht mehr von einer billigen Sommerreise, die der deutsche Staat seinen Auslandsdeutschen beschere, sondern er betonte nur, daß es Pflicht aller Deutschen sei, so schnell wie möglich das Land zu verlassen, und daß das Dritte Reich, das ja nicht mehr so arm wie zu Zeiten des marxistischen Regimes sei (!), jedem Rückwanderer Arbeit garantiere. Daneben flohen damals aber auch viele Spanierinnen mit ihren Kindern, Ehefrauen deutscher Männer, die aus verständlichen Gründen am längsten gezögert hatten, Spanien zu verlassen. Diese Frauen und Kinder waren mein Trost bei der Abfahrt. Vor ihnen brauchte ich mich meiner Tränen nicht zu schämen, die trotz aller Energie nicht zu unterdrücken waren, als die Küste in der Ferne versank und wir, wenn auch geschaukelt von den Wellen des märchenhaft schönen Mittelmeers, der Heimat entzogen. Wo liegt unsere Heimat? Hoch im Norden, wo wir geboren und erzogen worden, wo wir Krieg, Revolution und Inflation mitgemacht haben und wo wir dann plötzlich von einem, der viele Generationen nach uns »zugereist« war, als Landfremde erklärt wurden? Oder ist es dies neugewonnene Land, das uns mit großzügiger Geste geholfen hat, dessen Volk und Geschichte uns aber doch so unendlich fremd ist? Und wenn die Aufständischen siegen, ist auch dieser Vaterland-Ersatz wieder verloren und mit ihm jede Hoffnung auf Aufbau einer noch so bescheidenen Existenz für Eltern und Kinder —

Noch gibt es eine kurze Gnadenfrist; die drei Tage an Bord des Dampfers täuschen noch spanische Umwelt vor; man spricht noch spanisch, man verkehrt noch mit allen Passagieren — 400 sind wir allmählich auf einem Frachtschiff, das für 30 Passagiere eingerichtet ist — in dem freundschaftlichen Ton gleichberechtigter Reisender, in dem ein Untertan stärkerer Verbundenheit mitschwimmt, weil uns — scheinbar — gleiches Schicksal verbindet: Spanien-Deutsche. Selbst die Mannschaften und Offiziere werden von dem kameradschaftlich-unmilitärischen Ton beeindruckt, so stark, daß einer der Offiziere sich mit zärtlichen Klüssen und Umarmungen von meinem Jungen verabschiedet — ohne zu ahnen, daß er sich dabei des Verbrechens der Rassenschande schuldig macht.

Nur zu bald aber kam das grausige Erwachen aus diesem verführerischen Traum. In Genua, als alle Reisenden ihre Pässe von der italienischen Kontrolle zurückbekommen,

ertönt neben mir die noch vorsichtig gefüllte Frage in fließendem Deutsch: »Verzeihung, sind Sie vielleicht Nichtariern?« Auf mein »Ja« hin holt man mich aus dem Zug heraus und verwahrt mich, weiter nach Deutschland zu reisen, da ich als »Emigrantin« sicher in ein »Schulungslager« gesteckt würde. Da ich mit meinen Kindern in Genua ohne einen Pfennig Geld, ohne jede persönliche Beziehung da stand und immer noch auf die Zusicherungen der deutschen Botschaft in Spanien hoffte, stieg ich trotz der Warnung mit allen Transportteilnehmern ein. Dann folgte die Fahrt in einem der elendesten 3.-Klassewagen, den die italienische Eisenbahnverwaltung aufzuweisen hatte; Tag und Nacht verbrachten wir auf engstem Raum sitzend, nach drei Tagen auf dem überfüllten Dampfer, wo nicht einmal Stühle zum Ausruhen vorhanden waren. Und dazu die Unruhe: was wird mit dir und deinen Kindern in Deutschland geschehen? Die deutsche Verwaltungsmechanik funktioniert immer glänzend — wie neidlos hatten das die mitreisenden Spanier schon festgestellt! — Hier auf der Fahrt bearbeitete die Mechanik uns weiter. Riedge Fragebogen mußten von uns ausgefüllt werden, und auf diesen stand u. a. — zum ersten Male nach drei Jahren wurden wir danach gefragt — »Religion?« Mit dieser einen kleinen Frage waren wir wenigen Juden endgültig aus dem Kreis der auch so bedauernswerten Spanienflüchtlinge,

Leys kleiner Schlauberger

So schätzt die »Deutsche Arbeitsfront« die Intelligenz ihrer Mitgliedschaft ein.

Pg. Otto Wetzel vom »Reichsheimstättenamt der Deutschen Arbeitsfront« scheint ein förmlicher Erbhofbesitzer in bezug auf Intelligenz im allgemeinen und Sozialverständnis im besonderen zu sein. Da meckern und meutern die Ley-Proleten schon lange darüber, daß das Dritte Reich den wirklich gemeinnützigen Wohnungsbau — von wegen jener Kanonen, die notwendiger sind, denn Fett sowohl wie gesunde Schlaf- und Wohngelegenheit — eingestellt hat, dafür aber den Kumpel in die »Werkwohnungen« steckt, für deren Bau sich die Unternehmer, denen man so den Arbeiter in doppelter Abhängigkeit liefert, sich geradezu mit Wonne haben breiterschlagen lassen. Die »Soziale Praxis« zum Beispiel konstatiert jetzt »die gefühlsmäßige Einstellung gegen Werksiedlungen«, die »in manchen Teilen der Arbeiterschaft noch (!) zu verapüren« sei ...

In dieser Not nun ist der Pg. Otto Wetzel um den genialen Ausweg nicht verlegen. Er legt ihm des Weltachweifigen in der Zeitschrift »Deutsche Siedlung« (Nr. 68) dar. Pg. Wetzel deduziert folgendermaßen scharfsinnig und belgisch: Die Gelder für die Werksiedlungen unter dem Regime — als Ersatz für die ausgefallenen Siedlungsbauteile der Gemeinden und der Arbeiterselbstverwaltungsorganisationen — kommen ja nicht aus den privaten Vermögen der Herren Fabrikanten — da sei auch in der Tat Gott vor! — sondern sie sind den Mitteln des je-

für sie seit Wochen in ganz Deutschland riesige Sammlungen veranstaltet wurden, ausgestoßen und zu den »Untermenschen« gestempelt, als die uns in Spanien nie jemand betrachtet hatte. Als wir am nächsten Tag über die deutsche Grenze fuhren, nahm man uns unseren Paß ab und bei der mit Trommelwirbeln und endlosen Fahnen gefeierten Ankunft in München wurden wir auf die Polizeiwache abgeführt. Dort wurde jeder einzeln verhört und allen, nicht nur den Leuten, die nach 1933 nach Spanien gegangen waren und also allein durch diese Tatsache ein Verbrechen auf sich geladen hatten — nämlich das Verbrechen, daß sie nicht auf den langsamen Tod des Hungerns warten wollten, sondern lieber den harten Lebenskampf in der Fremde aufnahmen — nein, allen »Nichtariern« wurden die Pässe einbehalten und ihnen befohlen, binnen zwei oder drei Tagen Deutschland wieder zu verlassen. Als ich bei meinem Verhör zu sagen wagte, daß ich wie alle andern auf ausdrückliche Zusicherung der deutschen Botschaften Spanien verlassen hätte, erklärte man mir hohnlächelnd, »was diese Herren da unten — sprich: die diplomatischen Vertreter Deutschlands im Ausland! — gesagt haben, interessiert uns hier nicht!!!«

Trotz alledem hatten wir noch relatives Glück, denn später erfuhr ich, daß man die ersten jüdischen Flüchtlinge, auch Frauen

weiligen Betriebes entnommen. Wie sonnenklar! Also, sagt Wetzelschen, muß man einfach diese Gelder künftig nicht mehr »Arbeitsgeberdarlehen«, sondern »Betriebsgemeinschaftsmittel« nennen. Dann ist alles gut! Ausdrücklich fügt der braune Pfifferling hinzu: »Dagegen wird das rechtliche Verhältnis zwischen Betrieb und Siedlerheim durch die Änderung der Bezeichnung der Darlehen nicht berührt. Wenn jetzt, nach dieser weisen Umtaufe, so ein Prolet in einer solchen Werkswohnung trotzdem nicht ruhig schlafen kann, mag ihn in der Tat die Gestapo holen! Er hat's verdient.«

Amor und die Paragraphen

Die Heiratsrubrik in der »Frankfurter Zeitung« spiegelt so recht die Schwierigkeiten wieder, die der Liebesgott heutzutage im deutschen Zuchthof überwinden muß, ehe er sich mit seinen Pfeilen überhaupt blicken lassen darf. Auf der Sehnsuchtsweise suchen nicht nur arische oder jüdische Mädchen einen entsprechend arischen oder jüdischen Jüngling — das ginge noch an. Es annonciieren auch »rein arische« oder »ganz jüdische« Partner, und gelegentlich meldet sich eine »deutsche Frau«, die den etwa auf sie Neugierigen selbst raten läßt, was sie sonst noch ist. Und nun beginnen erst die Zwischenstufen. Folgende Kennzeichnungen entnahmen wir wortgetreu der »Frankfurter Zeitung« (Nr. 459/56, 508/9 ff):

»Mischling — Mischling I. Gr. oder einfacher Mischl. I — Mutter nichtar. — nichtar. katholisch

und Kinder, die ebenso wie wir nur zeitweilig in Deutschland bleiben wollten, während die Väter in Spanien geblieben waren, an der Grenze verhaftet hatte. Was wir übrigens in Italien hätten anfangen sollen, weiß ich auch nicht, denn später Eintreffende, die bereits von ihren Verwandten gewarnt worden waren, nach Deutschland zu kommen, durften in Genua nicht aussteigen, da die Italiener die Extrazüge plombierten und niemand herausließen.

Auf jeden Fall hat die verlogene faschistische Maschinerie mal wieder glänzend gearbeitet: in Spanien selbst wagte man nicht, sein wahres Gesicht zu zeigen; hätte man sich dort gewiegert, jüdische Staatsangehörige bei der Rettungsaktion aus der »Hölle« mitzunehmen, so hätten diese sich sofort unter den Schutz einer fremden Botschaft begeben, und man hätte dieses Vorgehen Deutschlands in der Weltöffentlichkeit anprangern können. So lockte man die Menschen einzeln herein, erreichte damit, daß man einige Hundert harmlose »Nichtariere« für immer des Landes verwiesen konnte, schreckte gleichzeitig dadurch noch viele Emigranten in andern Ländern, die wegen der Unmöglichkeit, sich im Ausland eine Existenz zu schaffen, vielleicht gern zurückwandern würden, von der Rückkehr ab, und alles dies im Geheimen, unter Wahrung des Prestiges im Ausland. E. R.

Nichtariern — christl. Nichtariern — evangelisch. Mischl. I. — Mischling I. Gr. christlich erzogen — evangel. Mutter nichtar.

Von den Mischlingen betonen übrigens viele ihre Blondheit. Gesucht werden u. a.:

»Lebensgefährtin in gleicher Lage — evtl. in gleicher Lage oder nahes Ausland — evtl. Ausländer — Mischling evang. od. auch kath.«

Man sieht: in Deutschland ist es heute nicht mehr damit getan, daß er errötend ihren Spuren folgt, oder daß sie nimmelhoch jauchzend, zu Tode getrübt ist. Lohengrin käme mit seinem: »Nie sollst du mich befragen« ohne weiteres ins Kaszett, und Carmen, deren Liebe nicht nach Rechten, Gesetz und Macht fragt, gehört nicht auf die Opernbühne, sondern ins Gefängnis. Gretchen aber hat sich im stillen Kämmerlein zu überlegen: »Ich gäb' was drum, wenn ich nur wüßte, ob der Herr heut kein Mischling ersten Grades gewesen ist.« Bezw.: Kein Israelit, kein reiner Arier, kein katholischer, evangelischer, jüdischer Nichtarier. (Nichtgewünschtes je nach dem Ort der Aufführung zu durchstreichen.)

Dankbares Publikum

»Eier, Butter, Milch, das sind nun einmal Dinge, deren Erzeugung wir nicht beeinflussen können! Es gibt gewisse Zeiten, da legen die Hühner viel Eier (Heiterkeit) und Zeiten, da legen sie wieder wenig und so ist es auch auf andern Gebieten. (Große Heiterkeit.)« (Göring im Sportpalast.)

Dreißig Jahre

Erinnerungen an Hermann Wendel.

Mit zwanzig Jahren, frisch von der Universität, kam er zu uns. Der Vater hatte ihm nach einigen Semestern vor die Wahl gestellt: Jus oder Schluß. Aber die Leidenschaft des jungen Lyrikers galt dem literarischen Leben. Für Paragraphenpankerei, wilhelminische Staatskarriere und Aktenstaub war sein Temperament zu stürmisch, zu ungezügelt. Seine Jugend hindurch umwehte ihn in Metz die Atmosphäre kriegerischer Geschichte. Uniformen, Reveillen, siebzehn Regimenter, Soldaten aller deutschen Stämme, gaben der Stadt ihr Gepräge. Einige Stunden weiter schmetterten die französischen Clairons, napoleonische Gloire lebte im lothringischen Volke weiter, strahlte aus versunkenen Jahrzehnten herauf. Was der Jüngling an preußischem Militarismus ringsum erlebte, machte ihn oppositionell; was an Literatur sich ringsum breit machte, war abgestanden, verstaubt, konventionelle Makartkunst, forderte zur Rebellion heraus. So begann sein Kampf mit der Feder. Und wäre es nicht die übermilitarisierte Metzler Luft, wäre es nicht der Sturm und Drang neuer naturalistischer Dichtung gewesen — schon sein stürmisches, gegen alle Unterdrückung aufschäumendes Naturell mußte ihn dorthin schleudern, wo das Leben am rottesten schäumte: in die sozialistische Bewegung.

Ende 1904 tauchte er in der Sächsischen Arbeiterzeitung (nachmals Dresdener Volkszeitung) auf: schlank, hochgeschossen, mit einem Schmiß über der Lippe. Sein reicher, plastischer, an französischer Literatur ge-

schulter Stil blühte auf dem gedörrten Acker der Agitationsjournalistik wie roter Mohr. Die Leser stutzten: das war ein neuer Ton. Die »Sozialistischen Monatshefte« luden die jüngste Feder zu ständiger Mitarbeit ein. So rasch stand er mitten drin, so sicher, als wäre er aus der Bewegung hervorgewachsen.

Ich entsinne mich der ersten Versammlung, in der er sprach. Ledebour referierte. Ueber auswärtige Politik, Chinarrummel usw. Nach einer halben Stunde entzog ihm der Ueberwachende das Wort. Wegen angeblicher Schmähung Wilhelm II. Die Versammlung wäre zu Ende gewesen, hätte sich Wendel nicht zur Debatte gemeldet. Als Zuhörer waren wir hingegangen — unvorbereitet, rasch entschlossen, griff er ein, führte das Referat fort, kritisierte das Vorgehen der deutschen China-Expedition. Jeder Satz saß, scharfe Witze des kecken Zwanzigjährigen pulverten die Hörer auf. Es war seine erste politische Rede. Nach einer halben Stunde erreichte auch ihn das Schicksal: Wortentziehung wegen Beleidigung des heiligen Militarismus. Aber in dieser halben Stunde erkannten die Arbeiter in ihm den kommenden großen Redner, und Ledebour, angenehm verblüfft, prophezeite ihm auf dem Nachhausewege eine keineswegs mittelmäßige Zukunft.

Das Mandat winkte, sowie er wählbar geworden war. Der Wahlkampf von 1912 warf seine Agitation voraus. Die Genossen von Freiberg i. S. suchten für ihren Kreis eine junge frische Kraft. Wendel — er saß damals in der Redaktion der »Frankfurter Volksstimme« — nahm die angebotene Kan-

didatur an. Der Freiburger Wahlkreis gehörte in Sachsen zu den politisch zurückgebliebensten, ländlich-konservativen Gefilden. Die Agitation war beschwerlich, Autos standen uns damals noch nicht zur Verfügung. Stundenlange Wanderungen, um vor dreißig Mann zu reden. Abendliche Märche über die winterlichen Hänge des Erzgebirges. Nachts trafen wir uns in einer Freiburger Schänke, redigierten dort das wöchentliche Wahlblatt, den »armen Kunradt«. Der Achtundzwanzigjährige eroberte die alte konservative Hochburg, und Dr. Oertel von der agrarischen Deutschen Tageszeitung, einst Abgeordneter dieses Bauernkreises, verhüllte sein Haupt. Denn er hatte diesen jungen Dachs mit dem schneidigen, scharfen Stil mehrfach in seinem Agrarierblatt aufs Korn genommen. Wußte er nicht schon in der Leipziger Volkszeitung, begeisterter Jünger Franz Mehrings, so frech über den »parlamentarischen Kretinismus«, über die »konservativen Staatshämorrhoidarien« und sonstige heilige Staatsrichtungen zu höhnen? Kurz, über den Bänken des Reichstages lagerte, was man gehobene Stimmung nennt, als die sozialdemokratische Fraktion den Jüngsten des Hauses auf die Tribüne schickte. Es ging nur um den Postetat, aber in wenigen Minuten vergaß das Haus, um welch trockene Materie es sich eigentlich handelte. Der Jüngste griff die Briefmarken an, kritisierte den Postminister ebenso witzig wie die »flachbusige Germania«, und als Oertel mit einer Bemerkung bissig dazwischenfuhr, antwortete Wendel mit einem Satze, der auch den umfangreichen konservativen Haudegen in heiteres Schaukeln brachte: »Ich gebe zu, Herr Dr.

Oertel, daß es nicht schicklich ist, in Ihrer Gegenwart von Gewicht zu reden. Aber wenn Sie auf die Waage gelegt würden, dürfte es trotz Ihres Umfangs immer noch heißen: gewogen, gewogen und zu leicht befunden!«

Die ältesten Abgeordneten entsannen sich nicht, daß eine Jungferrede je eine so gute, animierte Presse gefunden hatte. Die wilhelminische Reaktion erkannte sehr rasch, welche populäre Kraft hier heranwuchs und bemühte sich, diesen roten Dionysier, der Lebensgenuß mit unbändigem Schaffendrang zu vereinen wußte, als blutrünstigen Jakobiner abzustempeln.

Es war vorauszusehen, daß die geistarme parlamentarische Mahlmühle Deutschlands diesen feurigen Kopf auf die Dauer nicht zu fesseln vermochte. Trotz aller Bitten der Freiburger Genossen legte er nach dem Weltkrieg das Mandat nieder, um sich ganz der literarhistorischen Tätigkeit und jenem Gebiet zu widmen, auf dem er ein Kenner ersten Ranges werden sollte: südslawische Forschung. Man hat später manchmal gefragt, wie und warum Hermann Wendel gerade auf diese Zone verfallen ist. Wie beginnt eine Leidenschaft, wie entsteht eine Liebe? Für das völkische Deutschland waren die Balkanvölker seit je die »Lausevölker«, die schwarzhaarigen Schlawiner, nicht wert, zur weißen Rasse gerechnet zu werden. Wendels Herz gehörte allezeit im kleinen wie im großen den Mißachteten, Verkannten, Verfolgten und Schwachen. Hinzu kam die farbige Romantik, die bunte, wilde, halbdunkle Geschichte dieses Wetterwinkels. Das lockte ihn. Es war ein deutscher Sozialdemokrat und Marxist,

Die braune Hetzbibel soll endlich verboten werden!?

Die braune Literatur kennt man im Ausland nicht, um so besser die Bücher emigrierter Schriftsteller. Man muß darum Verständnis aufbringen für die drakonische Entscheidung, die der Bund Reichsdeutscher Buchhändler zur Woche des Buches losgelassen hat; sie verweist auf die »Schicksalsstunde des Abendlandes«, verflucht die »gewissenlosen Hetzer«, die Europa in eine Katastrophe hinein zu treiben suchen und läßt dann die Katze aus dem Sack:

»Die Vertreter aller deutschen Verleger und Buchhändler verpflichten sich, keine Bücher zu verlegen und zu vertreiben, die unter böswilliger Verzerrung der historischen Wahrheit das Staatsoberrhaupt eines Landes oder ein Volk beleidigen, oder die Einrichtung und Ueberlieferungen, die einem Volke heilig sind, verächtlich machen. In der Gewißheit, hierdurch dem europäischen Frieden einen Dienst zu erweisen, erklären sie sich bereit, mit ausländischen Verlegern und Buchhändlern, die vom gleichen Geiste der Verantwortung getragen sind, in einen Meinungsaustausch über eine internationale Vereinbarung zu treten.«

Haben wir recht gehört? Sollen jetzt drüben endlich die Geschichten verboten werden, die von der Unterdrückung der Grenzlanddeutschen erzählen? Soll Dwiners letzter Roman konfisziert werden, weil er die englische Regierung verächtlich macht; soll Steguweits Frontsoldatenstück endlich verschwinden, weil es die französische Regierung beschimpft? Sollen drüben endlich all die Hetz-Schwärze verbrannt werden, die Parlament und Demokratie, Grundlagen der freien Völker, gehässig verhöhnen?!

Und wie stehts mit den hanebüchenden Beschimpfungen anderer Völker in Hitlers Memoiren? Der »Bund Reichsdeutscher Buchhändler« hat das Wort.

Jungbrunnen Sauerkraut

»Es spricht für sich und sei trotzdem bei dieser Gelegenheit besonders hervorgehoben, daß Friedrich Sadowky, der gestern im Neidenburger Altersheim in bewunderungswürdiger geistiger und körperlicher Frische als ältester Deutscher seinen 111. Geburtstag feiern konnte, sein Alter in der Hauptsache darauf zurückführt, daß er von frühester Jugend bis in sein heute bereits biblisch anmutendes Alter hinein den ostpreussischen »Kumate, das heißt den gesäuerten Kohl, besonders bevorzugte.«

»Preußische Ztg.« Nr. 303.

Hoffentlich!

»Der Schlagrahm ist selten geworden. Auf Mädchen, die sich in einer Konditorei eine große Portion bestellen, richten sich schon alle Blicke. Aber so schlimm ist das noch nicht, denn die Schlagrahm verarbeitenden Gewerbe beziehen immer noch ihr gewisses Anteil. Und einmal Schlagrahm bestellen und nichts mehr bekommen, regt nur ein wenig zum Nachdenken an.«

»Münchener Neuesten Nachrichten« Nr. 281.

Das Gesicht des deutschen Putsches

(Von einem, der immer dabei war)

Herr August Winnig ist ein Renegat der deutschen Sozialdemokratie. Wir sind es nicht erst seit Hitler gewohnt, daß der ehemalige Sekretär der deutschen Buchbinder-gewerkschaft, der es bis zum Oberpräsidenten von Ostpreußen brachte, dem Spießler als das Urbild eines treudeutschen Mannes in Freiheit dressiert vorgeführt wird, womit dann der Rülpsen gegen jene »vaterlandslosen Gesellen«, die sich weniger auf ihre Konjunktur-Nase verlassen, als auf ihre anständige Gesinnung und die ihrer Partei auch in schweren Stunden die Treue hielten, sich von selbst ergibt. Das Schauspiel hat uns Hugenberg, in dessen Zeitungsfabrik Winnigs ein wenig nichtssagende und holperige Artikel am gleichen laufenden Band in den »Jahren der Schande« erschienen, wie die Kongenialen von Rumpelstilzchens seeligem Angedenkens, schon längst vor Hitler geboten.

Nun hat Herr Winnig auch dem Dritten Reich seinen literarischen Tribut gezollt und ein Buch »Heimkehr« geschrieben, das seine — freilich reichlich zivilistischen — Baltikum-A benteuer beinhaltet. Dorthin war Herr Winnig als »Reichskommissar« geschickt worden, als gegen Ende des Krieges der Titanenkampf zwischen Ludendorff und Kühnemann, ob Polen in Personalunion an den deutschen Kaisertitel oder an den des Königs von Preußen angehängt werden sollte, seine natürliche und wenig imposante Erledigung gefunden hatte. Nicht Herrn Winnigs Memoiren sind weiterschüttern, weiß der Himmel! Aber daß die bisher angesehenste historische Fachschrift, die Deutschlands Geschichtswissenschaft aufzuweisen hat, die von Karl Alexander von Müller herausgegebene »Historische Zeitschrift« rund um dies Ereignis sich einen Artikel von reichlich einem Dutzend Seiten schreiben läßt, besagt alles darüber, was man heute deutschem wissenschaftlichem Geist zumuten darf. Das ganze ist nämlich nichts weiter, als die beliebte Schaubudenattraktion für Minderbegabte: Hier ist zu sehen und zu hören der edle Patriot, der »abgeklärte Geist« (wörtlich!) Winnig — abgeklärt und voll Geist nur, weil er die Sozialdemokratie einmal betrogen hat — und dort die kurzschichtigen Parteiteufel, darunter (auch wörtlich!) seiner der übelsten, der Königsberger Polizeipräsident Lübbringe... Aber das alles wäre nur halb so jämmerlich, auch wenn es nicht dem jetzigen Rahmen deutscher wissenschaftlicher Geistigkeit entspräche, wenn nicht der Verfasser des Beitrages, Ernst Buchfink, den erheblichen Geschmack aufgebracht hätte, dem eigentlichen Winnigschen Opus nur etwa eine Seite oder noch weniger zu widmen, dagegen die anderen elf oder zwölf Seiten mit eigenen Heldentaten vollzuleckern. Denn der muntere Buchfink (oder auch Dreckfink) ist ein ehemaliger Generalstabler von »Ober-Ost«; und die gutmütige Republik hatte ihm nach dem Debakel die Kommandantur über die uniformierte Polizei

in Königsberg übertragen. Der Buchfink aber ist auch insofern ein exzellenter Typ, als er jene Mischung von Aeh-Bäh und Barrikade, von Monokel und phrygischer Mütze, die es nur in Deutschland gibt — diese Sorte von korrekten und honorablen Putschisten in wahrhaft kristallisierter Form darstellt!

Und so schildert er denn in seiner Geschichts-Rennomage der »Historischen Zeitschrift« den Kapp-Putsch, wie er ihn — inklusive Winnig — natürlich auch »mitgemachte« hat. Das ist nun ein Dokument so klassisch borusischen Revolutzertums geworden, das seine unfreiwillige Komik anderswo wohl Steine erweichen könnte. Wir können es unmöglich jener breiteren Öffentlichkeit vorenthalten, als sie ohne Zweifel noch die so kläglich gleichgeschalteten Müllersche Zeitschrift haben mag. Hier ist es wörtlich:

»In der Frühe des 13. März hielt der Kraftwagen vor meiner Wohnung. »Wissen Herr Oberst schon, daß in Berlin Revolution ist? Die Sozialdemokraten sind am Boden!« — begrüßte mich der Fahrer. »Und von der Kronprinzkaserne weht schon die schwarzweißrote Fahne.« Der Mann war ganz aus dem Häuschen. »Los ins Oberpräsidium! Man bestätigte die Nachricht. »Was macht der Oberpräsident?« »Er macht mit!« »Wo ist er?« Beim Wehrkreiskommando! Also dorthin! Da saßen nun der »alte Römer« (gemeint ist der Baltikum-General von E. D. R.), Winnig, der Landeshauptmann von B. und noch ein paar andere. Alle in starker Erregung, in der freudigen, als wir die Mobilmachung erfuhren, wie ich sie empfunden hatte oder als der Einmarsch in Livland befohlen war. Daß wir alle mitmachten, stand fest. »Wenn Kapp eine Sache anfaßt, dann führt er sie durch« — hieß es, Ostpreußen hatte ein unbegrenztes Vertrauen zu ihm.

Dann fuhr ich mit Winnig zurück, um mit unseren Herren die nächsten Anordnungen zu besprechen. Als wir die Treppe hinaufstiegen, fragte ich ihn: »Jetzt müssen Sie als Innenminister ins Kabinett! Werden Sie darauf eingehen, wenn man es Ihnen anbietet?« Nach kurzem Besinnen antwortete er mir: »Ja, aber wer wird mir es anbieten?«

Ich entgegnete, ich würde an Oberst Bauer telefonieren. »Versuchen Sie es!« Ich nahm den Hörer. »Berlin! Reichskanzlei!« »Oberst Bauer?« Es dauerte nicht lange, da war richtig Bauer am Apparat. Wir kannten uns schon lange Jahre aus dem Generalstab und ich konnte mit ihm reden, wie mir's ums Herz war. »Macht bloß den Unsinn nicht, daß Ihr die Sache zu extrem rechts aufzieht! Dann könnt Ihr Euch nicht behaupten!« — »Keine Sorge!« — klang es zurück. — »Wir haben unsere Mitarbeiter bis weit in die Unabhängigen hinein.« »Nae — antwortete ich — zu Euren Unabhängigen habe ich kein Vertrauen. Aber wenn wir uns über das Prinzip einig sind, dann ist es gut. Nun aber, was ich eigentlich will: Ihr müßt Winnig als Innenminister nehmen. Einen besseren Mann kriegt Ihr nicht, außerdem möglichst nach rechts und links, wenigstens bei allen, die Urteil haben!« »Hm, ja!« — meinte Bauer. — »Ein guter Gedanke! Ich werde

es gleich Kapp sagen.« »Schön also, weiterhin gute Geschäfte! Schluß!« — — —

Die echt vaterländische Szene endet, indem der Generalstreik sichtbar wird und nunmehr freilich der ingenieure Buchfink, aber auch sein Winnig, in Putschisten-Pension gehen. Freibleibend natürlich!

Herrn Adolf Hitlers »Revolution von oben« — die sozusagen genehmigte Revolution ist bereits in manchem antifaschistischen Buch in ihrer ganzen psychologischen und apparatellen Konzeption geschildert worden. Ganz verständlich wird das Dritte Reich aber erst durch dieses Buchfinkens-Bekenntnis.

Es enthält schlechterdings alle Elemente des späteren »Aufbruchs der Nation!«

Da ist der über dem Durchschnitt seiner Kameraden intellektuell stehende, politisch nach wie vor rotzig-naive Generalstabler von ehemals, den die Republik so gut versorgt hat, daß sein erster Gedanke, als es losgeht, sein kann: Wie verhafte ich als Schupo-Kommandeur möglichst schnell meinen höchsten Vorgesetzten, den Oberpräsidenten? Da aber der — wider Erwarten — »mitmacht«, erübrigt sich das; dafür klopf ihm der Untergebene fünf Minuten drauf leutselig auf die Schultern und der Zivilist ist ganz selig davon, daß er so leutselig von einem so wichtigen Herrn behandelt wird: »Na und Sie werden natürlich Innenminister. Dafür Sorge ich schon, Mäntelchen!« Aber der revolutionäre deutsche Würdenträger macht mitnichten eine Revolution, die nicht bis in alle Details höheren Orts genehmigt wäre! »Wer wird mir das Innenministerium anbieten? — nur in deutschen Revolutionen gibt es solche Stoßseuffer des verhandlungen Biedermanns und der zahmen Ordnungsbestie. Wie dann sofort scharfsinnig und helläugig der Schlüssel zur politischen Situation auftaucht! — »Keine extrem rechte Sache!« — das klingt wie »Ausschwärmen in vier Schritt Abstand!« Der Oberst Bauer ist ein bekanntes deutsches Putsch-Licht. Damals bei Kapp, jetzt bei Hitler, Sie machen Minister so aus der la mäng zwischen Muschel und Hörer, damals beim Generalstabschefs-direktor, dem vierschrittigen Ostpreußen Kapp und später beim früheren »Gefreiten des Weltkrieges«. »Möglich nach rechts und links!« — hah, da wird der Winnig noch einmal im Grabe mausetof geschlagen — und das ist nun das Urdeutsche: Nein, er merkt es noch nicht einmal...! Das »Institut zur Geschichtsforschung des neuen Deutschland« darf sich wirklich dies monumentale und lapidare Juwel unter gar keinen Umständen entgehen lassen! H. E.

Vermittlungsgebühr

»Als Dank für eine Auftragserteilung für das WHW überreichte eine eifelländische Abordnung des Kreises Daun dem Reichsminister Dr. Göbbels mehrere Werke eifelländischer Künstler.«

Deutsche Zeitungsmeldung.

der die letzten drei Jahrzehnte hindurch für eine gerechte Würdigung der Südslawen, für ihre berechtigten politischen Ansprüche, für ihre Kultur und ihre Zukunft gekämpft und geworben hat, mit einer Sachkenntnis, wie sie in Deutschland auch heute kein Zweiter aufweisen kann.

Als er sich 1909 zu seiner zweiten Balkanreise rüstete, beherrschte er die serbische Sprache schon zur Hälfte. Die Fahrt ging nach Mazedonien, Albanien, wo wieder ein Aufstand der Skipetaren gegen die jungtürkische Herrschaft tobte. Von Belgrad aus fuhr Dimitrije Tutzowitsch mit der jungen Redakteur der sozialistischen Zeitschrift »Kampf«. Unter den Führern des damaligen Balkan-Sozialismus galt er als der beste Schriftsteller, der marxistisch geschulteste Kopf, einer der zähsten Kämpfer. Hinter Verisowitsch in Mazedonien verließ er unseren ratternden Kastenwagen und schlug einen Bogen gen Mitrowitza. Drei Tage später, im Aufstandsgebiet von Prizren, stieß »Tutzowitsch« wieder zu uns, hatte in Eilmärschen die Gefechtszone durchquert, unterwegs dreimal Achsenbrüche erlebt, war in Gefahr gewesen, von den Türken oder den Albanern wegen Spionage gefaßt zu werden — — und das alles, um die Sozialisten jenes Gebiets zu besuchen und in Mitrowitza eine sozialdemokratische Gruppe zu gründen. Es machte auf uns einen so nachhaltigen Eindruck, daß wir in Nachtmärschen mit davonzogen, weil eine andere Versammlung drängte. Wir redeten vor einem Gemisch von Serben, Bulgaren, Türken, Griechen und Albanern. Von weitem hallte Torghut Scherfats Paschas dumpfer Kanonendonner.

Tutzowitsch fiel 1915 als serbischer Leutnant bei Lazarewatsch und wurde von seinen Soldaten auf rotem Tuch zu Grabe getragen.

Als 1935 in Belgrad eine Tutzowitsch-Biographie erschien, in der versucht wurde, diesen jungen begabten Führer des Balkan-Sozialismus für kommunistische Auffassungen zu reklamieren, da war es Wendel, der diesen Fälschungen mit sarkastischer Schärfe entgegentrat und an Hand der Tagebücher des Toten nachwies, daß Tutzowitsch sich das Versagen der II. Internationale im Weltkrieg nie mit dem billigen Wort »Verrat« erklärte, sondern die tieferen Ursachen im widerspruchsvollen Gefüge der kapitalistischen Ordnung erkannte.

Da er ein gut marxistischer Historiker war, erwies sich Hermann Wendel allezeit als erklärter Feind all jener linksradikalen Kilschees, die Weltgeschichte mit der Nase Kleopatras oder mit der Unzulänglichkeit einzelner Führer erklären wollen. Nie und in keinem Wirrwarr unserer Jahrzehnte verleugnete sein politisches Denken jene Schulung, die er von Jugend auf in den Meinungskämpfen der Arbeiterbewegung erfuhr. Er hat mit abweichenden Auffassungen, wenn sie ihm wichtig genug erschienen, nie hinterm Berge gehalten und nie hinterm Berge zu halten brauchen. Auf dem Augsburger Parteitag von 1922 begründete er den Oppositionsantrag gegen die Reichswehr in einer kurzen Rede, die mit ihrem Witz, ihrer Knappheit und Treffsicherheit der Formulierung von allen Seiten als kleines Meisterstück gewürdigt wurde. Er hat seiner

Partei manches zu tragen gegeben, wie etwa 1917 seine im »Vorwärts« mit mehreren Artikeln durchgeführte Polemik gegen den bulgarischen Gesandten Rizow, der die Ansprüche der Bulgaren auf serbische Teile Mazedoniens vertrat. Wendel setzte sich für die historischen Rechte des serbischen Gegners ein. Nein, er war nie ein bequemer Mann und nur in einer Partei mit demokratischem Leben denkbar. Er hat manch offenes Wort gesprochen, niemand nahm es ihm krumm, zumal seine Form, sein Wissen, seine Abneigung gegen billiges Demagogentum und seine rednerische Kultur auch Gegner für sich gewann.

Ebert trug ihm 1925 den deutschen Gesandtenposten in Belgrad an, große Parteiblätter suchten ihn als Chefredakteur zu gewinnen, der »Vorwärts« bot ihm einen ersten Sitz in seiner Redaktion — er lehnte ab, weil er ebenso sehr vom literarisch-wissenschaftlichen Schaffenstrieb wie vom Drang zur Unabhängigkeit besessen war. Zur Tragik seines letzten Jahrzehnts gehörte, daß es diese Unabhängigkeit nicht gab. Mit Beklemmung sahen seine Freunde, wie oft sich diese geniale Feder in Tagesartikeln versprifften mußte. Hätte die Weimarer Demokratie ihre Menschen besser zu nutzen gewußt, dann mußte sie diesem Kopf einen Lehrstuhl für Geschichte einräumen, denn ihm eignete als Rodner wie als Schriftsteller jenes Faszinierende, Markige, das die Jugend zu allen Zeiten mit fortgerissen hat.

Im vergangenen Sommer sollte er in einigen Versammlungen der Deutschen Sozial-

demokratie der CSR reden. Es lockte ihn sehr, aber die große Krankheit machte ihm einen Strich durch die Fahrt. Er fühlte es seit langem. Noch im August vorigen Jahres pilgerte ich mit ihm durch Pariser Friedhöfe. Wer streifte ja mit solch genußvoller Ausdauer zwischen Leben und Tod dahin wie Hermann Wendel? Er kannte all die großen Gräber von Paris samt jener strahlenden Geschichte, die hier begraben liegt. Er wußte um Leben und Sterben all der großen Toten — ich kenne keinen kundigeren Führer. Weil er mit allen Poren dem Leben zugehen war, darum schien ihm der Tod nie fremd. Vielleicht hat er das Leben so geliebt, vielleicht ließ er die Genüsse des Daseins mit so kräftigem Behagen auf der Zunge zergehen, weil in ihm ein Ahnen war von frühem Tod. Für diesen stürmischen Bejaher des Daseins haben Leben und Tod immer in dichterischer Vision blühend nebeneinander gestanden und das war ihm keine sentimentale, sondern eher eine lyrisch-ironische Angelegenheit. Er hat seine vielen Besuche bei großen und bei unbekanntem Toten in mancherlei Essays gezeichnet, und den Per Lachaise schilderte er als ein ins Ewige gewendetes Abbild der großen Stadt Paris — »nur daß seine Einwohner nicht mehr ausgehen, den Aperitif zu nehmen, und wenn ja, so wissen wir es nicht...«

Die graziöse Kunst, Tragisches im Skeptischen oder Ironischen aufzulösen, hat wohl kein Schriftsteller besser beherrscht, wie der, den seine Freunde vor einem Monat auf dem Per Lachaise bei seinem letzten Gange begleiteten. Robert Gröttsch.

Arbeiter im Vierjahresplan

Reichs-Raum-Planung — Zerteilung der Arbeitermassen

Am 28. Oktober stellte sich der mit Aemtern und Uniformen reich ausgestattete Hermann Göring in seiner neuesten Funktion als oberster Vierjahres-Planer am Rundfunk vor. Er sei weder ein Wirtschaftsfachmann, noch ein Wirtschaftskopf, aber gerade wegen des Fehlens an Hemmungen und Belastungen mit Sachkenntnis hätte ihn der Führer zum Wirtschaftsdictator berufen. Göring ließ sich dann vor der im Sportpalast angetretenen Nazi-Garde von Josef Göbbels pränumerando eine Medaille zur Auszeichnung anstecken und demonstrierte in höchst eigener Person die deutsche Fettnot, die ihn veranlaßt hatte, durch Einsparung an Butter in kurzer Zeit 20 Pfund seines Lebendgewichtes abzunehmen. Dann ermahnte Göring das arbeitende Volk, zwecks Durchführung des Vierjahresplanes nicht immer diejenigen Lebensmittel anzufordern, die mangels Devisen in Deutschland nun einmal fehlen. Er werde jetzt das Sammeln der Abfälle großzügig organisieren und im übrigen sollten die Hausfrauen mehr als bisher, mit Vernunft, statt mit Fett, kochen.

Die Versprechungen, die der Vize-Diktator alsdann über Deutschlands Selbstversorgung mit Rohstoffen machen zu müssen glaubte, zeigten nur, daß im Dritten Reich, mindestens in der Führung, neben der Fettnot auch eine hörbare geistige Unterernährung eingegraben sein muß. So unerst der ganze Wirtschaftsvortrag gewesen ist, eine ernste Note enthielt die Rede, als sich Göring an die Arbeiterschaft wandte.

Man wird zwar weder die Lebensmittelnot, noch den Rohstoffmangel, noch die Teuerung überwinden, aber an der Entschlossenheit des Regimes, unter der Vorspiegelung dieses zweiten Vierjahresplanes von der Arbeiterschaft weitere unerhörte Opfer materieller, wie ideeller Art zu fordern, ließ Hermann Göring wirklich keinerlei Zweifel. Trotz Teuerung aller Bedarfsartikel und trotz einer hemmungslosen Profitwirtschaft in der aufgeblähten Rüstungsindustrie sollen Lohnerhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit verboten bleiben. Die Arbeiter müßten begreifen, daß beides ein Selbstbetrug wäre. Daß in der Produktionssteigerung der deutschen Kriegswirtschaft den Arbeitern jeder Anteil an der ungeheuren Profitsteigerung der Unternehmer versagt bleiben soll, hat Herr Göring unausgesprochen gelassen.

Dafür befahl er der Deutschen Arbeiterschaft, ihren ganzen Apparat zur »Aufklärung« der Gefolgschaften einzusetzen. Der Ley hat eine neue Aufgabe zur Vernebelung der Hirne zugeteilt bekommen. Die DAF hat für die »Ruhe im Betrieb« zu sorgen, die Lohndiskussion hat zu unterbleiben, so meinte Göring und er machte schließlich die Treuhänder für den Arbeitsfrieden verantwortlich. Denn obwohl angeblich der Marxismus in Deutschland ausgerottet sein soll, erklärte Lametta-Hermann im vierten Jahr Hitlerregime, ihm seien die »zersetzenden Kräfte in den Betrieben« wohl bekannt und er werde dafür sorgen, daß die »Denunzianten« aus den Betrieben entfernt werden würden.

Wir haben an dieser Stelle bereits berichtet, daß es den Nazigewaltigen bisher nicht gelungen ist, die Lohndiskussion zu unterbinden. Das »Recht der Arbeit« vom 28. Oktober muß unsere Darlegungen bestätigen. Trotz aller noch so brutalen Maßnahmen wissen die Arbeiter Lohnzuschläge zu erzwingen. Am gleichen Tage, an dem Göring gegen die »Denunzianten« vom Leder zog, am 28. Oktober schreibt das Blatt:

»Bei dem außerordentlichen Bedarf an Arbeitskräften, wie er heute vor allem im Metall- und Baugewerbe herrscht, konnte es nicht ausbleiben, daß über die tariflichen Mindestsätze hinaus zum Teil erheblich höhere Löhne gezahlt werden... Obwohl der Weisung der Regierung gemäß den bestehenden Lohnniveau festgehalten wird und Lohnerhöhungen grundsätzlich nicht angeordnet werden, sehen sich die Betriebsführer durch den Mangel an Arbeitskräften gezwungen, betrieblich über die tariflichen Mindestsätze hinauszugehen, weil sie sonst die nötigen »Arbeitskräfte« nicht bekommen oder ihre eigenen Arbeiter zu besser bezahlten Industrien abwandern.«

Auch das Reichsarbeitsgericht hat mit Urteil vom 22. August diese vorschriftswidrige »betriebliche Lohnfindung« ausdrücklich anerkennen müssen. Seine Entscheidung besagt, daß die Ueberstundenzuschläge grundsätzlich nicht mehr von niedrigen tariflichen Stundenlöhnen, sondern von vereinbarten höheren Lohnsätzen zu berechnen sind. Die gelegentliche Störung des Arbeitsfriedens war demnach bisher nicht ganz vergeblich erfolgt. Aber gerade die wenigen Lohnerhöhungen, die entgegen dem Gebot des Führers durchgesetzt werden konnten, haben Göring

in Harnisch gebracht. Die Deutsche Arbeitsfront hat sofort begonnen, den Befehl durchzuführen.

Im »Arbeitertum« werden die Aufgaben im einzelnen erläutert.

»Die Voraussetzung für das Gelingen dieser gewaltigen Aufgabe muß der geschlossene willensmäßige Einsatz des ganzen Volkes sein, also der innere soziale Frieden...«

Es wird festgestellt, daß die DAF bereits 95 Prozent aller Schaffenden erfaßt habe, aber hinsichtlich der »großen Willenseinheit« vorsichtig hinzugefügt:

»In dieser Zahl kann man natürlich nicht die ideale Einsatzbereitschaft ohne weiteres finden.«

Es muß also durch sanften Druck der Arbeitsfront nachgeholfen werden, es muß, wie es in der Sprache der Nazis heißt,

»das entsprechende Maß von freiem Gemeinshaftswillen mobilisiert werden.«

Für diese »seelische Mobilmachung« oder neuesten Verdummungsprozeß hat die Arbeitsfront schon wieder einen ganzen Lexikon von Phrasen zusammengeschrieben, »Anhäufung von positivem Lebenswillen«, Schaffung von sozialem Willensvorrat, »Durchprägung der Leistungspersönlichkeit«. Die deutschen Arbeiter können sich bei diesem Aufklärungsdiens über Lohndruck und Produktionssteigerung im Vierjahresplan auf mancherlei gefaßt machen.

Die Hoffnungen auf die Ergebnisse seelischer Mobilmachung durch die Arbeitsfront scheinen aber nicht allzu groß zu sein. Ministerpräsident, Generaloberst, Reichsjägermeister und Beauftragter für den Vierjahresplan Hermann Göring hat sich deshalb zu einem kräftigeren Mittel entschlossen und Ende Oktober eine »Neuordnung des deutschen Raumes« eingeleitet.

Die Deutsche Arbeits-Korrespondenz bespricht die sozialpolitische Tragweite dieser neuen Reichsplanung. Die neu eingesetzten Planungsbehörden haben vor allem den »Erfordernissen des Verteidigungs- und Wehrbedarfs Rechnung zu tragen«. Für die Arbeiter dürfte dabei die planmäßige »Bevölkerungsverteilung« und der Arbeitseinsatz recht empfindliche Verpfändungen und Verlagerungen bringen. Die sog. sozialpolitische Tragweite erklärt die DAK wie folgt:

»In 52 Großstädten lebt heute ein Drittel der Bevölkerung, soviel wie in den rund 48.000 Landgemeinden zusammengenommen. Abermals ein Drittel ist in den Industriegebieten zusammengeballt, während im Norden und Osten des Reiches auf den Quadratkilometer kaum mehr als 30 Personen entfallen... Die sozial ungesunden Verhältnisse, die aus der vom Liberalismus geduldeten und vom Marxismus aus klassenkämpferischen Gründen sogar geförderter Verlagerung des Gleichgewichtsverhältnisses

in der Bevölkerungverteilung entstanden sind, haben den Boden abgeben für die soziale Unrast, für die Proletarisierung der Arbeiterschaft, für die Entseelung durch die mechanisierte Arbeit, die stets am fühlbarsten ist, wo sie nicht aufgewogen wird durch die erneuernden Kräfte der Natur.«

Die Nazis begnügen sich nicht mehr damit, durch die Verhinderung jeder Organisiertheit, die Arbeiterschaft zu atomisieren. Es soll darüber hinaus das Zusammenströmen des Proletariats in den Industrie-Städten und Gebieten durch eine »Planung der Bevölkerungsverteilung« eine Revision erfahren. Die bereits ergriffenen Maßnahmen, wie Zuzugssperre der Großstädte, Beschäftigungsverbot der Landarbeiter in berufsremder Arbeit werden nicht mehr als ausreichend angesehen.

»Die Rückwanderung von den Großstädten in die kleineren Gemeinden wird jedoch nur dann von Dauer sein, wenn die Wohnstätten unmittelbar mit den Arbeitsstätten verbunden werden können. Hier erwächst eine der wichtigsten Aufgaben für die Neuplanung des deutschen Raumes. Nur wenn die neuen deutschen Gemeinden aus allen Berufen und Schichten zusammen gesetzt sind, wird die Gewähr für eine »Nachbarschaftswirtschaft« gegeben sein.«

Man kann im Zweifel sein, ob dieser Teil der Vierjahresplanung, der die Verschiebung der Menschen vorsieht, erfolgreicher sein wird, als die übrigen Teile des Wirtschaftsprogramms. Die Zusammenballung der proletarischen Kräfte läßt sich im kapitalistischen System wohl kaum mit geographischen Kunststücken verhindern. Ebenso könnte das Regime aus der hier geplanten örtlichen Zusammenlegung der Arbeiter- und Bauernschichten manche Enttäuschung erleben.

Uns interessiert indes zunächst die Zielsetzung der Nazis, die mit allen Mitteln eine Zerteilung der Arbeitermassen anstreben. Der deutsche Faschismus hat »anfangs geglaubt, seine Macht durch eine Reihe von Monopolorganisationen verankern zu können. Diese Seelen-Organisation ist, soweit es sich um die Arbeiter handelt, mißglückt, obwohl die Deutsche Arbeitsfront mit allen Gewalten des Totalitätsanspruchs ausgestattet ist. Die Arbeitsfront konnte die Betriebe innerlich nicht erfassen und sie ist sich bewußt, sie auch in Zukunft nicht zu gewinnen.

Da die Arbeiter nicht willig waren, braucht der Vierjahresplan Diktatorgewalt. Er zerteilt und verpflanzt die Gefolgschaften. Diese Verlagerung der Kräfte geschieht nicht, wie es heißt, um das Gleichgewicht herzustellen, sondern umgekehrt, um es weiter zu ungunsten der Arbeiterschaft zu verändern. Die deutsche Arbeiterschaft wird die Methoden des Klassenkampfes der neuen Raumplanung anzupassen wissen.

Hermanns Badekur

Göring im Sportpalast: »Ich selbst esse schon seit längerer Zeit keine Butter mehr und habe um 20 Pfund abgenommen.«

Der Arbeitslose Kulik aus Berlin, als er Herrn Görings Rundfunkspruch vernommen, war tief gerührt. — Ja, es erschreckte ihn, daß sein Minister auf den Hund zu kommen und butterlos dahinzuschwinden schien. Wie dank ich's ihm? so fragte er bekommen.

Der Arbeitslose Kulik ward nicht froh, bis er an Göring einen Brief geschrieben: »Mein armer Hermann, hungrig doch nicht so! Wo sind denn Deine zwanzig Pfund geblieben? Du wiegst gewiß nur noch zweihundertzwei, Du hast den Dienst am Volke übertrieben.

Ich hab zwar selbst nicht viel, doch Sauerkraut

kannst Du bei mir recht gern mal sonntags speisen.

Auf Dir ist Deutschlands Zukunft aufgebaut...«

So schrieb er, um sich dankbar zu erweisen. Allein die Gestapo, die keinem traut, die nahm ihn hopp und legte ihn in Eisen.

Im Zuchthaus war's, wo Kulik dann erfuhr: wenn Göring anfängt, seinen Bauch zu stählen,

tut er's von wegen der Gesundheit nur. Der Krieg bekommt den Herren Generälen vorher und mittendrin als Badekur.

Weil sie zu fett sind, muß das Volk sich quälen.

Hugin.

Geblöke aus dem Zuchthof

Betrifft: Kinderbeschaffung.

Im deutschen Zuchthof geht es munter zu, so munter, daß selbst der nationalsozialistischen Presse angst und bange wird. Da bekamen z. B. unlängst viele angesehene Volksgenossen ein Briefchen zugestellt, auf dessen Umschlag die Worte zu lesen waren: »Betrifft Unfruchtbarmachung.« Beim näheren Zusehen entpuppte sich das ganze als eine Reklame. Der Verlag Reimar Hobbing empfahl ein Buch über Erbkrankheiten und wollte seine künftigen Kunden nur ein wenig necken. Aber, so fragt das »Schwarze Korps« zornig:

»Was mag sich die Sekretärin gedacht haben, als sie die Post dem Chef aufgeschritten hinlegte? Erbkrank? Prospekt, den er für seine Frau anfordern ließ? Jedenfalls wusch sie sich die Hände nach dem Gebrauch seiner Papierschere, denn man kann nie wissen...«

Natürlich kann man nie wissen. Allenfalls hätte sich die Sekretärin sagen können, daß so vermögende Leute wie ihr Chef niemals von Amts wegen sterilisiert werden.

Doch nicht nur die Sterilisation gibt den lieben deutschen Untertanen zu denken. Mehr noch die »Kinderbeschaffung« — denn der Führer braucht Soldaten. Der Ueber-eifer auf diesem Gebiet stört nun wieder die Zeitschrift »Völkischer Wille«. Wir lesen da:

»Seit einiger Zeit ist von privater Seite ein umfangreicher Drucksachenversand im Gange, der sich mit einem neuen bevölkerungspolitischen Allheilmittel befaßt und als solches einen Vierjahresplan für die deutschen Geburten propagiert. Der Urheber dieses Monstrums ist ein eifriger, aber schlechter Rechner und ein noch schlechterer Bevölkerungspolitiker, aber er weiß seine Sache für manche überzeugend darzustellen.

Neuerdings knüpft er an die Prokla-

mation des Führers vom Parteikon-greß 1936 an, legt aber diese natürlich nach Gutdünken aus. Er kommentiert ohne weiteres, aber ganz zu unrecht den Ausdruck »Natürlichste Fruchtbarkeit« mit einer jährlichen Geburtenzahl von 1.400.000...«

Das Unerhörte an diesen Vorschlägen ist der Gedanke, nun diese »Kinder-Beschaffungsziffern« auf die einzelnen Kreise und Gemeinden zu verteilen und eine Art Beitreibungsverfahren schaffen zu wollen...«

Da nach seiner Rechnung die jungen Ehen nur zwei Drittel seiner Ziffern aufbringen können, »wäre das restliche Drittel als eine nachträgliche bevölkerungspolitische Beitragsleistung von den älteren Jahrgängen zurück bis zum Geburtsjahr 1900 nach Feststellung einzufordern. So seine Worte...«

Der »Völkische Wille« findet diesen Kinderbetreiber unsympathisch und schimpft ihn »Doktor Eisenbart«. Wie ungerecht! Der Mann unterscheidet sich von den zahlreichen beamteten und in der Partei führenden Eisenbärten nur dadurch, daß er unverblümt ausspricht, was die anderen dem deutschen Volke in etwas weniger angreifbarer Form tagtäglich predigen. »Nur die kinderreichen Familien haben wahrhaft Daseinsberechtigung«, sagen die Beamten. »Beitreiben!« sagt ihr ehrlicher Jünger. Die Beamten posaunen die Namen der sterilisierten Volksgenossen durch den ganzen Bezirk, der Reklamechef von Reimar Hobbing schreibt nur das ominöse Wort auf seine Prospekte. Die einen sind befugt, Unfug zu treiben, die anderen sind es nicht — das ist der ganze Unterschied.

Auch ein wenig Schule

»Da es aus technischen Gründen den Schulen nicht möglich ist, den Sonnabend-Staatsjugendtag von Hauptfächern frei zu halten, erklärt sich die Gebietsführung der HJ damit einverstanden, daß an sämtlichen höheren Schulen der Provinz Ostpreußen am Sonnabend zwei Kurztunden mit Hauptfächern belegt werden. Das Oberpräsidium verpflichtet sich, die zwei Kurztunden an den Anfang des Schulunterrichts zu legen, so daß die Jungvolkführer ab 9.30 Uhr für ihren Dienst frei sind. Die Vereinbarung gilt sinngemäß auch für die Jungmädler im Obergau I. Ostland.«

(Mitteilung der Pressestelle des Gebietes I. Ostland der Hitler-Jugend.)

Das zufriedene Volk

»Tagtäglich laufen bei zahlreichen Dienststellen der Partei und des Staates, bei halbamtlichen Stellen, bei Personen, die in der Öffentlichkeit für besonders einflußreich gehalten werden, und bei Schriftleitungen Briefe von deutschen Volksgenossen und -genossinnen ein. In diesen Briefen wird regelmäßig das Einzelschicksal des Schreibenden geschildert, der nun um Abhilfe ersucht. In diesen Briefen wird gebeten, geklagt und manchmal gar gedroht. In vielen von ihnen steht es wörtlich oder ist es doch als gewisser Unterton herauszuhören: »Und wenn ich bis zum Führer gehe!« »Die Frau am Werk«, Zeitschrift der Deutschen Arbeitsfront, Oktober 1936.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horst; Druck: »G r a p h i e«; alle in Karlsbad. Zeitungstafel bew. m. P. D. Zl. 159.334.VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—) Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Fra. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—) Danzig Gold 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk 4.— (48.—), Frankreich Fra. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fra. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc 2.— (24.—), Rumänien Lei. 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Fra. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.148. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Zürich Nr. VIII 14.097. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad Konto »Neuer Vorwärts«. Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.